

# Perspektiven

Das Magazin der Metall- und Elektro-Industrie

01|2024

## Interview mit Axel Ekkernkamp:

Warum das deutsche Gesundheitssystem so teuer und ineffizient ist

## DIE POLITIK DER EU SCHWÄCHT DIE VOLKSWIRTSCHAFTEN\*

Das sagen 50 Prozent der Führungsspitzen der Wirtschaft. 61 Prozent der Politiker behaupten das Gegenteil. Versteht die Politik nicht, was die Wirtschaft braucht? Eine Analyse im Lichte der Europawahl

\* Quelle: FAZ Elite-Panel  
Dezember 2023



»Es muss bei uns mehr Investitionen in aussichtsreiche Ideen geben. Viel mehr.«

Nicolas Schmit, Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten für das Amt des Präsidenten der EU-Kommission, im Interview über seinen Plan für Europa.



03 **KOMMENTAR**

Jan Fleischhauer über den Regulierungswahn der EU-Beamten und die Geduld der Deutschen

04 **AGENDA**

Meldungen und Standpunkte aus Wirtschaft, Politik und M+E-Industrie

06 **SICHT:WEISE**

Drei Stimmen zur Sanktionierung des Bürgergelds

07 **BILDUNG/PERSONALIEN**

Wie funktionieren Feststoffbatterien? Testen Sie Ihr Wissen im MINT-Test

08 **TITELTHEMA**

Anspruch und Wirklichkeit liegen oft weit auseinander. So auch mit Blick auf die EU-Politik. Was sich nach den Wahlen ändern muss, damit die EU wieder ihren Kernaufgaben gerecht wird

24 **DEBATTE**

Nicolas Schmit, Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten (SPE), spricht im Interview mit Gesamtmetall über seine Pläne für die EU und verrät, was er an der Spitze der Kommission anders machen würde

28 **DEUTSCHLAND BESSER MACHEN**

Teuer und ineffizient? Wo es im deutschen Gesundheitssystem hapert und was zu tun ist

32 **PERSPEKTIVE**

Abwärtstrend: Der Wirtschaft droht auch 2024 eine Rezession

34 **RETROSPEKTIVE**

Was wurde aus dem Sozialpartnermodell?

36 34 **IMPRESSUM**

35 **KARIKATUR**

36 **ZITAT**

**Raus statt rein:** Mit 22,9 Mrd. Euro sind 2022 deutlich mehr Investitionen der M+E-Industrie ins Ausland geflossen als reingekommen. **S.32**



# Woher kommt diese Lust am Verordnen?

**WAS MEINEN SIE, HERR FLEISCHHAUER?** Europa liebt Bürokratie, sagt Kolumnist und Autor Jan Fleischhauer. Reguliert wird oft ohne Rücksicht auf Verluste. Sein Plädoyer: Machen Sie Pause statt Gesetze!

**F**achleute des Bundesjustizministeriums sind auf 246.944 Bundesvorschriften gekommen, die vom Bürger zu beachten sind. Von Kurt Tucholsky stammt der Satz: „Vor einem Schalter stehen: das ist das deutsche Schicksal – hinter dem Schalter sitzen: das ist das deutsche Ideal.“ Dass der Deutsche in der Bürokratie zu sich selbst findet, wird nicht einmal von denen bestritten, die immer behaupten würden, dass so etwas wie ein Volkscharakter reine Erfindung sei. Wenn Brüssel etwas Gutes hat, dann die Erkenntnis, dass wir nachsichtiger mit uns selbst sein dürfen. Auch der Italiener, Franzose und Belgier ist ganz vernarrt darin, die Welt mit immer neuen Regeln und Vorschriften zu überziehen. Möglicherweise sind sie dort sogar noch vernarrter ins Regulieren als wir. Beinahe jede Woche verlässt die Verwaltung eine Anordnung, die Europa zu einem noch sichereren, noch nachhaltigeren und überhaupt noch vorbildlicheren Kontinent machen soll. Heute ist es die Richtlinie zu Medizinprodukten, morgen das neue Lieferkettengesetz. Dass dabei oft jeder wirtschaftliche Sachverstand auf der Strecke bleibt (und mitunter auch ganze Konzerne und Branchen)? Was soll's, wir können es

uns ja leisten. Wir sind ja Europa! Woher kommt diese Lust am Verordnen? Eine Erklärung wäre, dass wir es bei den Bewohnern des EU-Archipels mit einer überdurchschnittlich hohen Anzahl sadistisch veranlagter Menschen zu tun haben, die über das manische Erlassen immer neuer Richtlinien ihre Machtfantasien ausleben. Man kann nicht ausschließen, dass es so ist. Ich glaube allerdings: Bei der Regelungswut handelt es sich vor allem um Selbstrechtfertigung.

## Der Beamtenapparat muss beschäftigt werden

Wären die Beamten in Brüssel so faul, wie ihnen gern unterstellt wird, würden sie den ganzen Tag in den Etablissements der Stadt ihre Zeit vertrödeln – Orte, an denen man vorzüglich speisen kann, wie ich mich persönlich habe überzeugen können. Dummerweise gibt es aber auch in der Brüsseler Beamtschaft eine Reihe von Leuten, die finden, dass sie für das viele Geld, das sie verdienen, etwas leisten müssen. Also denken sie sich ständig neue Gesetze aus, die das, was gut ist, noch perfekter machen sollen. Was sollen sie auch anderes tun? Kein Mensch braucht den riesigen Apparat. Allein bei der Kommission arbeiten 32.000 Menschen. Dazu kommen die vielen Abgeordneten samt ihren Mitarbeitern. Praktischerweise gibt es das meiste gleich doppelt, in Brüssel und in Straßburg. Klar, man könnte versuchen, die vielen EU-Angestellten über Nebentätigkeiten auszulasten. Aber so viele Nebentätigkeiten lassen sich nun auch wieder nicht finden, um das Heer der Beamten zu beschäftigen.

Die Deutschen sind ein geduldiges Volk. Sie nehmen klaglos hin, wenn sie in Brüssel das Ende des Verbrennungsmotors beschließen, auch wenn an dem einiges an Wohlstand hängt. Sie beschweren sich nicht, wenn man ihnen mit Rücksicht auf die Umwelt die Glühbirne nimmt oder das Zuckertütchen. Sicher, es gibt die Europahasser am linken und am rechten Rand. Aber die meisten Bürger blicken mit erschöpftem Wohlwollen auf das geeinte Europa. Auch die größte Sympathie ist allerdings irgendwann aufgebraucht, wenn man es übertreibt. Es ist wie in einer Ehe: Ist der Punkt gekommen, wo es einem reicht, gibt's kein Zurück mehr. Deswegen wäre mein Rat an die fleißigen EU-Beamten: Lasst die Bürger lieber in Ruhe, verbringt mehr Zeit im Kaffeehaus!

**GASTAUTOR:** Jan Fleischhauer

**WOHNORT:** Region München

**BERUF:** Kolumnist und Autor



# Neues M+E-Karriereportal gegen den Fachkräftemangel

Mit **WHAT ABOUT ME – STEIG EIN IN DIE ZUKUNFTSINDUSTRIE!** hat Gesamtmetall eine Image- und Berufsinformationskampagne rund um M+E-Berufe gestartet.

**W**hat about ME – Steig ein in die Zukunftsindustrie! Unter dieser Marke hat die Metall- und Elektro-Industrie (M+E-Industrie) die bundesweite Image- und Berufsinformationskampagne rund um die berufliche Ausbildung in der M+E-Industrie gestartet. Im Mittelpunkt der Kampagne steht das Karriereportal [www.zukunftsindustrie.de](http://www.zukunftsindustrie.de), das potenzielle Arbeitgeber und Bewerberinnen und Bewerber über eine Firmendatenbank zusammenbringt.

Ziel ist es, Schülerinnen und Schülern sowie potenziellen Studienabbrechenden, aber auch Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen und berufsberatenden Einrichtungen Orientierung zu bieten und eine Übersicht über die breit gefächerten Arbeitsfelder in der M+E-Industrie zu verschaffen. Lehrkräften bietet das Portal zudem direkten Zugriff auf Unterrichtseinheiten zu Themen aus dem MINT-Bereich (Ma-

thematik, Ingenieurwesen, Naturwissenschaft, Technik), Materialien rund um den Einsatz der zehn Fahrzeuge der M+E-InfoTruck-Flotte zur mobilen Berufsorientierung. Diese wird in den kommenden zwei Jahren ebenfalls an das neue Design der Marke angepasst werden. Hinzu kommen der Stream ME-Berufe und die App ME-Berufe.

## Wichtige Einblicke in M+E-Berufe

Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Oliver Zander sieht das neue Karriereportal als wertvolle Ergänzung der bestehenden Werbemaßnahmen der Mitgliedsunternehmen. „Es gibt jungen Menschen erste wichtige Einblicke in unseren spannenden Berufsalltag, bietet zugleich viel Wissenswertes rund um die Ausbildung und gibt weiterführende Informationen zu Studiemöglichkeiten. Wir sehen das neue Karriereportal als willkommene Gelegenheit, die abwechslungsreichen Aufgaben und Tätigkeiten unserer Bran-

che vorzustellen, die für Energie, Nachhaltigkeit und Klimaschutz dringend gebraucht werden.“ Neben der Berufsorientierung sei die neue Plattform auch eine Angebotsbörse. Über 8.000 Ausbildungs- und Studienplätze, der Großteil davon bei den Mitgliedsunternehmen von Gesamtmetall, seien aktuell auf dem Portal eingetragen.

Anlass für die Kampagne ist der Fachkräftemangel in den 25.000 Unternehmen der M+E-Industrie. In den Betrieben bleiben derzeit mehr als 14.000 Ausbildungsplätze unbesetzt. Das entspricht jeder achten Stelle. Hinzu kommen 280.480 offene Stellen im MINT-Bereich, die der MINT-Herbstreport des Instituts der deutschen Wirtschaft ausweist. Die meisten davon konnten in den Energie-/Elektroberufen (81.900), in den Berufen der Maschinen- und Fahrzeugtechnik (53.900), in den IT-Berufen (43.600) und in den Berufen der Metallverarbeitung (38.200) nicht besetzt werden. P



**Nachwuchs sichern:** Im Mittelpunkt der Kampagne stehen die Ausbildungs- und Studienbörse und die Informationsplattform.





**Die M+E-Industrie präsentiert sich:** Am Messestand von Gesamtmetall auf der Bundesdelegiertenkonferenz von B90/Die Grünen war reger Austausch möglich.

## Gesamtmetall auf Parteitagen

# Gute Gespräche und Prominenz

Gesamtmetall zeigte auf dem Bundesparteitag der SPD im Dezember in Berlin und auf der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen im November 2023 Präsenz. Dabei war **Bundeskanzler Olaf Scholz** (SPD, Foto oben) Gast am Stand von Gesamtmetall. Auch die neue Vorsitzende der IG Metall, **Christiane Benner** (Foto unten, Mitte), posierte mit dem Zweiten Vorsitzenden **Jürgen Kerner** (links neben ihr) und **Jens Dirk Wohlfeil**, Geschäftsführer Tarif- und Sozialpolitik bei Gesamtmetall, in der Gesamtmetall-Fotobox. Ein Modell des InfoTrucks informierte über die Ausbildung in der M+E-Industrie. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen waren mit **Omid Nouripour** und **Ricarda Lang** die Vorsitzenden zu Gesprächen bei Gesamtmetall. Dabei ging es um Technologien, die die M+E-Industrie gegen den Klimawandel entwickelt.



## Bürokratieabbau

# Entlastung bleibt deutlich hinter Erwartungen zurück

**65 Milliarden Euro Bürokratiekosten, aber gerade einmal 682 Millionen Euro Entlastung** – mit dem zu Jahresbeginn vorgelegten Entwurf für ein viertes Bürokratieentlastungsgesetz (BEG IV) bleibt die Bundesregierung deutlich hinter den Erwartungen der Wirtschaft zurück. Dabei hatte eine Verbändeabfrage der Bundesregierung im vergangenen Jahr mehr als 400 Vorschläge zum Bürokratieabbau ergeben. Doch nur ein Bruchteil davon

hat es in den Entwurf geschafft. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat sogar insgesamt 49 von den zur Umsetzung geeigneten Vorschlägen mit zum Teil schwacher Begründung verworfen. Lediglich zwölf Vorschläge wurden immerhin teilweise aufgegriffen. Angesichts von Umfragen, die Bürokratie als größtes Hemmnis für die Unternehmen in diesem Land nennen, ist das schwer nachvollziehbar.

# Soll das Bürgergeld bei Arbeitsverweigerung gekürzt werden?

Die Frage, ob Bezieher von Bürgergeld stärker sanktioniert werden sollen, wenn zumutbare Arbeit verweigert wird, spaltet die Experten aus Wirtschaft und Politik.



»Solidarität ist keine Einbahnstraße. Fördern und Fordern müssen immer Hand in Hand gehen.«

**Pascal Kober,**

Arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion

Der Sozialstaat lebt von der wechselseitigen Solidarität derer, die Leistungen zahlen und die Leistungen empfangen. Das hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt, indem es **vollständige Leistungskürzungen für alle, die ein Jobangebot ablehnen**, zulässt, da die eigene Existenz jederzeit durch die Jobannahme gesichert werden könnte. Jobcentern zufolge **leben einzelne Bürgergeldbezieher bewusst auf Kosten des Sozialstaats**. Hier ist die vollständige Leistungskürzung verfassungsrechtlich möglich, kann zur Erfüllung der Mitwirkungspflichten im Bürgergeld und damit zur Überwindung der Bedürftigkeit beitragen und zeugt von Verantwortungsbewusstsein gegenüber allen, die den Sozialstaat finanzieren.



»Nicht arbeiten wollen ist etwas anderes als nicht arbeiten können. Daher kein Bürgergeld für Totalverweigerer.«

**Prof. Rainer Schlegel,**

ehemaliger Präsident des Bundessozialgerichts

In Deutschland bekommt jeder staatliche Hilfe, der diese wirklich benötigt. Allerdings gehören auch **im Sozialstaat sozialer Ausgleich und Nachranggrundsatz untrennbar zusammen**. Es macht einen entscheidenden Unterschied, ob derjenige, der Bürgergeld beansprucht, den gesetzlichen Obliegenheiten nicht nachkommen kann oder ob er diesen nicht nachkommen will. Solange jemand eine ihm zumutbare Arbeit grundlos ablehnt, erfüllt er nicht die Anspruchsvoraussetzungen für das Bürgergeld. Er ist im Grunde nicht arbeitssuchend und darf so behandelt werden, als sei er nicht bedürftig. **Damit entfällt der Anspruch auf Bürgergeld**. Alles andere läuft auf eine „kleine Ausgabe“ des bedingungslosen Grundeinkommens hinaus.



»Die Menschen brauchen gute Arbeit, keine populistischen Erziehungsmaßnahmen.«

**Dr. Ulrich Schneider,**

Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes

Die Sanktionierung von Leistungsbeziehenden hat immer nur eins gebracht: Applaus von den Boulevardmedien. Es mag irgendwie gerecht klingen, „Totalverweigerern“ das Geld restlos zu streichen. Nur gibt es die kaum. Etwa drei Prozent derjenigen, die Bürgergeld bekommen, werden sanktioniert, und das meistens nur, weil sie einen Termin verschusselt haben. Die ganze Debatte um die „faulen Arbeitslosen“ ist nicht neu und war schon immer eine populistische Nebelkerze. **Aus Studien wissen wir, dass Sanktionen nutzlos sind**. Und aus Karlsruhe wissen wir, dass **Komplettanktionen verfassungswidrig** sind. Anstatt hier Verfassungsbruch mit Ansage zu begehen, sollte die Ampel mal für gute und bezahlbare Arbeit sorgen.





Mathematik,  
Informatik,  
Naturwissenschaften  
und Technik:  
Testen Sie Ihr  
Wissen im  
MINT-Quiz

## Schlagwort

# Die Batterie der Zukunft

Ob Smartphone, Akku-Bohrmaschine, E-Bike oder Elektroauto – wir nutzen täglich Geräte, in denen Lithium-Ionen-Akkus verbaut sind. Diese speichern viel Energie, bringen aber auch Nachteile mit sich: Sie sind leicht entflammbar, haben oft lange Ladezeiten und eine sehr begrenzte Lebensdauer. Die Alternative: Feststoffbatterien. Es wird erwartet, dass sie vor allem in E-Autos die Zukunft sind. Denn sie zeigen bessere Werte als konventionelle Lithiumbatterien mit flüssiger Zellchemie. Doch:

## Worin besteht der Unterschied zwischen einer Feststoffbatterie und einem herkömmlichen Lithium-Ionen-Akku?

**A** Feststoffbatterien haben eine längere Lebensdauer.

**B** Feststoffbatterien haben eine niedrigere Energiedichte.

**C** Der feste Elektrolyt ermöglicht eine schnellere Ionenbewegung.

Die Antworten A und C sind richtig. Der Prototyp einer Feststoffbatterie zeigte jüngst in Tests herausragende Ergebnisse – und schlägt damit ein neues Kapitel in der Elektromobilitätsgeschichte auf. Er wies im Vergleich zur konventionellen Lithium-Ionen-Batterie einen Reichweitenplus von rund 30 Prozent auf. Feststoffbatterien gelten zudem als sicherer, da ein fester Elektrolyt weniger leicht entflammbar ist, weil er aus feuerfester Keramik besteht. Schließlich ist die Feststoffbatterie langlebiger, da sich anorganische Elektrolyte nicht zer setzen. Doch wie funktioniert die Feststoffbatterie im Vergleich zu den gegenwärtigen Lithium-Ionen-Akkus? Der Unterschied ist zunächst einmal gering: Lithium-Ionen-Batterien basieren auf flüssigen Elektrolyten, Feststoffbatterien sind mit anorganischen, festen Elektrolyten ausgestattet. Die Ionen bewegen sich innerhalb des Elektrolyten zwischen der negativ geladenen Kathode und der positiv geladenen Anode. Dies ermöglicht, dass die Elektrolyten ihrerseits in Gegenrichtung fließen und somit für den Stromfluss sorgen. Wegen ihrer Vorteile ist es wahrscheinlich, dass Feststoffbatterien sich durchsetzen. Lithium-Ionen-Akkus haben zwar einen langjährigen Forschungsvorsprung, aber wenig Optimierungspotenzial.

Die richtige Antwort: →

## VWT, VMET und AGVT

# Wechsel in Thüringen

Seit Anfang 2024 ist **Dr. Matthias Kreft** Hauptgeschäftsführer des Verbands der Wirtschaft Thüringens (VWT), des Verbands der Metall- und Elektro-Industrie in Thüringen (VMET) und des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes Thüringen (AGVT). Kreft ist damit Nachfolger von Stephan Fauth, der altersbedingt in den Ruhestand gegangen ist.



## BG ETEM

# Vorstand verstorben

Der langjährige Vorstandsvorsitzende der Berufsgenossenschaft Energie, Textil, Elektro, Medienerzeugnisse (BG ETEM), **Dr. Bernhard Ascherl**, ist im Alter von 69 Jahren verstorben. Ascherl war 25 Jahre als Vertreter der Arbeitgeber in der BG ETEM und ihren Vorgängerorganisationen engagiert, rund zwölf Jahre davon als Vorsitzender des Vorstands. Als früherer Hauptsicherheitsingenieur der Siemens AG war er ein ausgewiesener Kenner des Arbeitsschutzes und der gesetzlichen Unfallversicherung.



## Niedersachsenmetall

# Trauer um Muscharski

**Torsten Muscharski**, der seit 2017 Vorsitzender der Tarifkommission der Metall-Arbeitgeber in Niedersachsen war, ist im Alter von 52 Jahren verstorben. Muscharski war darüber hinaus auch viele Jahre im Vorstand und im Verwaltungsausschuss des Verbandes engagiert. Noch 2022 hatte er den Tarifaabschluss für die Metall- und Elektro-Industrie verhandelt.







# Ist das noch die Idee der EU?

Die EU-Politik macht Gesetze in dem Glauben, Wirtschaft und Wohlstand zu stärken. Die Unternehmen fühlen sich hingegen zunehmend geschwächt von einer EU-Politik, die ihre Kernaufgaben vernachlässigt und auf nationaler Ebene zu stark reguliert. Können Anspruch und Realität wieder zusammenkommen?

**W**ir haben einen kritischen Punkt erreicht. Die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Europa steht auf dem Spiel.“ So eindringlich appelliert die Stiftung Familienunternehmen und Politik in einem offenen Brief im November 2023 an die EU. Die Unternehmerinnen und Unternehmer sind in „großer Sorge, weil Europa in seiner wirtschaftlichen Dynamik hinter andere Weltregionen zurückgefallen ist“.

Diese Einschätzung spiegelt sich auch in der aktuellen Konjunktur wider. Im Februar senkte die Europäische Kommission zum dritten Mal in Folge die Prognose für 2024. Die Kommission rechnet nur noch mit einem Wachstum von 0,8 Prozent in der Eurozone. Im Herbst 2023 lag die Erwartung noch bei 1,2 Prozent. Doch die düstere konjunkturelle Prognose im Vergleich zu den USA mit knapp 1,5 Prozent und China mit 4,2 Prozent ist nicht die einzige Sorge. Immer mehr Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft beklagen die vielen bürokratischen

Auflagen, die die EU verabschiedet. Der Vorwurf: Die vielen Regularien lähmen den Wirtschaftsstandort und sind finanziell wie personell von den Unternehmen kaum zu bewältigen. Das gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit und damit den Wohlstand. Dabei war es einst die Gründungsidee der EU, mit einem gemeinsamen Wirtschaftsraum den Wohlstand zu vergrößern.

## Auf dem Weg zur europäischen Einheit

Dass eine Europäische Union existiert, so wie wir sie heute kennen, ist dem Schrecken des Zweiten Weltkriegs geschuldet. Winston Churchill forderte als einer der ersten Politiker die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“. Er war überzeugt, dass der Frieden in Europa langfristig nur gesichert werden könne, wenn Europa geeint ist. Ein wichtiges Anliegen der westlichen Mächte nach dem 2. Weltkrieg war die gemeinsame Aufsicht der Staaten über die Montanindustrie. Im April 1951 unterzeichneten Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Länder schließlich einen Vertrag über die gemein- ▢

Elite-Panel

## Die Mehrheit der Wirtschaft ist enttäuscht

Quelle: CAPITAL-FAZ-Elite-Panel,  
IfD-Umfrage 9242, Dezember 2023

# 50%

der Führungsspitzen aus der **Wirtschaft** werfen der EU-Politik eine Schwächung der europäischen Volkswirtschaft vor ...

... doch nur **19%**

der Führungsspitzen aus der **Politik** werfen der EU-Politik eine Schwächung der europäischen Volkswirtschaft vor.

# 51%

der Führungsspitzen aus der **Wirtschaft** sehen die Schwächung der europäischen Volkswirtschaft vor allem in der Überregulierung und Bürokratie durch die Europa-Politik ...

... doch nur **24%**

der Führungsspitzen aus der **Politik** sehen eine Schwächung der europäischen Volkswirtschaft in der Überregulierung und Bürokratie durch die EU-Politik.



same Kontrolle der kriegsrelevanten Grundstoffindustrien. Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl war ein erster, wichtiger Schritt für die europäische Zusammenarbeit getan. Von da an wurde die Idee eines gemeinsamen Europas immer mehr zur Realität. Mit den Römischen Verträgen gründeten die Mitgliedstaaten 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom). Die beiden Verträge schufen die Grundlage für einen gemeinsamen Markt, der einen freien Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr sicherstellt. Auf diese Weise sollte der wirtschaftliche Wohlstand vergrößert werden.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht wurde am 1. November 1993 die Europäische Union gegründet, der Binnenmarkt geschaffen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik erweitert. Doch die Zuständigkeiten der Union waren bis zum Vertrag von Lissabon, der 2007 unterzeichnet wurde und Ende 2009 in Kraft trat, noch nicht eindeutig geklärt.

Er definiert die Aufgaben der EU-Politik wie folgt: „nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität [und] eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt“. Laut Moritz Körner, Vorsitzender der FDP im Europäischen Parlament, ist es gelungen, „die Europäische Union demokratischer, effizienter und transparenter zu gestalten“. Die EU habe einen der größten einheitlichen Märkte der Welt, der den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen ermöglicht. Zusätzlich habe die Einführung des Euro „den Handel und die Investitionen zwischen den Mitgliedstaaten erleichtert“. Für Körner ist die EU „ein Erfolgsmodell und wird heute mehr denn je ihren Kernaufgaben gerecht“.

### Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität

Diese Einschätzung teilt die Mehrheit der Politiker: 61 Prozent aus der politischen Führungsspitze sind laut einer Umfrage des Institutes für Demoskopie Allensbach der Überzeugung, dass die aktuelle Europapolitik die Volkswirtschaften stärkt. Die Unternehmerinnen und Unternehmer, die die Politik betrifft, bewerten die Leistung der Politiker allerdings ganz anders. Lediglich 19 Prozent stimmen mit der Einschätzung der Politik überein. 50 Prozent der Führungskräfte aus der Wirtschaft sind hingegen der Überzeugung, dass die EU-Politik die Volkswirtschaften schwächt. Versteht die Politik nicht, was die Wirtschaft braucht?

Christoph Werner, Chef der Drogeriemarktkette dm, beobachtet vor allem in der Politik der EU „in letzter Zeit viel Aktionismus, um die Transformation der Wirtschaft ‚mit der Brechstange‘ gesetzgeberisch voranzutreiben“. Die Folgen davon seien viele kleinteilige Regelungen, die wesentlich in den marktwirtschaftlichen Prozess eingreifen. „Für viele Politiker scheint das Ziel erreicht, wenn ein Gesetz verabschiedet ist. Für Unternehmer ist ein Ziel erreicht, wenn die Auswirkungen von Maßnahmen auch tatsächlich das gesetzte Ziel erreicht haben“, erklärt er.

Der früherer CDU-Politiker Günther Oettinger, der neun Jahre lang selbst der EU-Kommission angehörte und nun Präsident der EBS Universität für Wirtschaft und Recht in Wiesbaden ist, kann beide Einschätzungen nachvollziehen – die der Politik und die der Unternehmen. „Im Grundsatz stärkt die Europäische Union die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, aber: Zu komplexe bürokratische Anforderungen, überzogener Verbraucher- und Datenschutz sowie oftmals zu langwierige Verfahren fügen der Wirtschaft Schaden zu.“

### Bürokratie schwächt Unternehmen

Auch Körner sieht in der bürokratischen Belastung eine Hauptursache für die Umfrageergebnisse. „Ursula von der Leyen interessiert sich nicht für die praktischen Bedürfnisse und Realitäten der Unternehmen, insbesondere der ▶



»Die EU ist ein Erfolgsmodell und wird heute mehr denn je ihren Kernaufgaben gerecht.«

Moritz Körner, Vorsitzender der FDP im Europäischen Parlament



kleinen und mittleren Unternehmen. Sie handelt ideologiegetrieben.“ Die Kommission wende bei der Entwicklung von Vorschriften und Richtlinien zu oft eine „One size fits all“-Herangehensweise an, die nicht die unterschiedlichen Kapazitäten und Ressourcen berücksichtige, die Unternehmen in verschiedenen Mitgliedstaaten und Branchen zur Verfügung stehen. Ein Beispiel dafür ist die EU-Lieferkettenrichtlinie. Nachdem das Vorhaben wegen fehlender Mehrheiten zunächst mehrmals gescheitert war, wurde im Rat – trotz der Enthaltung Deutschlands – eine Einigung erzielt.

Die Richtlinie wurde hinsichtlich des Anwendungsbereichs etwas abgeschwächt: Ursprünglich sollte das Gesetz für Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitenden und mindestens 150 Millionen Euro Umsatz gelten. Jetzt wurden die Grenzen auf 1.000 Mitarbeitende und einen Umsatz von mindestens 450 Millionen Euro erhöht. Diese Schwellen sollen nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren gelten. Trotzdem geht die EU-Richtlinie immer noch weit über das deutsche Lieferkettengesetz hinaus. So müssen die betroffenen Unternehmen nun auch über die nachgelagerte Lieferkette, also über die Zulieferer der Zulieferer, berichten und für diese haften. Dieses Einhalten und Haften für alle Sorgfaltspflichten in der gesamten Lieferkette ist von den Unternehmen kaum zu stemmen und mit erheblichen finanziellen Haftungsrisiken verbunden.

### Der Binnenmarkt: Sorgenkind Europas

Vom wirtschaftlichen Erfolg hängt auch die Vollendung des Binnenmarktes ab. Er ist es, der die Wirtschaftsmächte miteinander verbindet. Für Prof. Achim Wambach, Präsident des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), ist der Binnenmarkt „nach wie vor das Pfund, mit dem die EU wuchern kann. Unternehmen folgen den Regeln und Standards der EU, um hier tätig sein zu können.“ Ihm verdankt Europa schätzungsweise 56 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze sowie 70 Prozent der Exporte kleiner und mittlerer Unternehmen. Zugleich ist der Binnenmarkt Europas größte Baustelle. „Der europäische Binnenmarkt ist eine großarti-

ge Errungenschaft. Er ist aber in vielen Bereichen noch nicht vollendet, nationaler Protektionismus und nationale Subventionen schwächen ihn. Der Binnenmarkt muss durch Handelsabkommen mit Wachstumsregionen der Welt verbunden werden“, fordert Günther Oettinger.

### Wichtige Handelsabkommen platzen

Doch gerade hier geht es nur schleppend voran. „Die EU sei für Handelsabkommen durchaus attraktiv, meint Oettinger. „Allerdings dürfen wir Handelsabkommen nicht mit zu ehrgeizigen Zielen der Umweltpolitik, der Klimaschutzpolitik und der Gesellschaftspolitik überfrachten“, mahnt er. Erst im vergangenen Jahr platzte überraschend das Freihandelsabkommen der EU mit Australien. Die EU wollte mit dem Abkommen eigentlich die Abhängigkeit von Seltenen Erden aus China und Russland verringern. Doch daraus wird erst einmal nichts. Der Deal scheiterte unter anderem an zu strengen Namensrechten der EU. Demnach hätten in Australien hergestellte Produkte nicht mehr die geschützten Namen europäischer Lebensmittel, wie zum Beispiel Parmesan oder Prosecco, tragen dürfen. Auch das geplante Abkommen mit Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay – den sogenannten Mercosur-Staaten – ist Ende 2023 geplatzt. Dem Abbruch der Verhandlungen war ein Streit über strengere Umweltauflagen vorangegangen, die die EU von Südamerika eingefordert hatte. Das Scheitern dieses Abkommens ist ein großer Rückschlag. Südamerika und die EU hätten mit einer Einigung die größte Freihandelszone der Welt geschaffen, die fast 20 Prozent der Weltwirtschaft und mehr als 30 Prozent der Warenexporte abdeckt. Damit wäre gleichzeitig der Einfluss Chinas geschmälert worden. Für Oettinger ist es „unverständlich, dass das Mercosur-Abkommen nicht beschlossen wird. Sekundäre nationale Interessen sind hier das Haupthindernis.“

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA/CHRISTOPH SOEDER; GRAFIK: GETTY IMAGES/MALTE MÜLLER, GETTY IMAGES/GOVINDANMARUDHAI; ICONS: GETTY IMAGES/ILYAST (6)

## »Geopolitisch und technologisch ist Europa nicht mehr so einflussreich wie früher.«

Prof. Achim Wambach, Präsident des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung



# Ziele und Aufgaben der EU

Die Ziele der Europäischen Union sind in Artikel 3 (ex-Artikel 2 EUV) des **VERTRAGS VON LISSABON** festgelegt.



1. Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.

2. Die Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen, in dem – in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität – der freie Personenverkehr gewährleistet ist.



3. Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt. Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Sie wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas.



4. Die Union errichtet eine Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung der Euro ist.



5. In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen und trägt zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger bei. Sie leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.



6. Die Union verfolgt ihre Ziele mit geeigneten Mitteln entsprechend den Zuständigkeiten, die ihr in den Verträgen übertragen sind.



### Green Deal sorgt für mehr Bürokratie

Eine weitere Herausforderung ist die Klimapolitik der EU. Alle 27 Mitgliedstaaten haben sich dazu verpflichtet, bis 2050 klimaneutral zu werden. Im Februar 2023 wurde der „Industrieplan zum Grünen Deal“ vorgestellt, der darauf abzielt, die europäische klimaneutrale Industrie wettbewerbsfähig zu machen. Von den Unternehmen werden die vielen neuen Gesetze und die damit verbundenen Regularien allerdings immer kritischer wahrgenommen. Ein Beispiel für die ausufernde Bürokratie sind die Reportingpflichten im Rahmen des neuen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism). „Für die Berichte müssen Unternehmen bei ihren Lieferanten aus Drittstaaten Angaben zu direkten – und in vielen Fällen auch zu indirekten – Schadstoffemissionen anfragen und anschließend aggregieren“, heißt es in dem eingangs erwähnten Brief der Familienunternehmen. Hierfür werde ein Berechnungstemplate zur Verfügung gestellt, das tiefgreifende Pflichtangaben fordert. „Die entsprechenden Guidelines der EU umfassen 266 DIN A4-Seiten für Lieferanten und 104 Seiten für deren Kunden.“

Während sich hierzulande viele Unternehmen durch die Bürokratie, die von EU-Seite auf sie einprasselt, eingeschränkt fühlen, hat US-Präsident Joe Biden mit dem Inflation Reduction Act (IRA) ein Gesetz verabschiedet, das die US-Unternehmen bei der Energiewende unterstützt. Mit einem milliardenschweren Investitionsprogramm soll die amerikanische Wirtschaft auf erneuerbare Energien ausgerichtet werden. 369 Milliarden Dollar stehen über einen Zeitraum von zehn Jahren in Form von Darlehen, Zuschüssen und Steuergutschriften zur Bekämpfung des Klimawandels zur Verfügung. Finanziert werden sollen die hohen Ausgaben durch eine neue Steuer in Höhe von 15 Prozent, die Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über einer Milliarde Euro an den Staat abführen müssen. Viele Europapolitiker befürchten, dass Unternehmen abwandern könnten und die EU an Wettbewerbsfähigkeit einbüßt. „Für den Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit Europas ist wesentlich, dass die Innovationen hier stattfinden und wir in fünf oder zehn

Jahren Technologieführerschaft behaupten oder erreichen“, sagt Achim Wambach.

### EU verliert an Einfluss

Auch ihrer Aufgabe, Frieden und Freiheit sicherzustellen, wird die EU derzeit nur bedingt gerecht. „Die aktuelle geopolitische Lage macht es notwendig, dass die EU zusätzlich zur Handels- und Zollpolitik, die in ihre Zuständigkeit fallen, eine aktivere Rolle in außenpolitischen Feldern einnimmt“, fordert Wambach. Sanktionen gegen Russland sollten gemeinsam von allen Ländern der EU durchgeführt werden. Das sei nicht immer gelungen. Auch die Koordination der Hilfsmaßnahmen für die Ukraine und für das ukrainische Militär könne verbessert werden. „Geopolitisch und technologisch ist Europa nicht mehr so einflussreich wie früher. Die geopolitischen Spannungen stellen die EU vor besondere Herausforderungen, da Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik in die nationalen Kompetenzen fallen, was es erschwert, mit einer Stimme zu reden“, erklärt er. Letzteres wurde im Umgang mit dem Nahost-Konflikt deutlich. Hier war man sich vor allem einig darüber, uneinig zu sein über eine angemessene Reaktion. Erst rund zwei Wochen nachdem die Lage in Israel eskaliert war, äußerte sich die EU mit einer gemeinsamen Leitlinie.

### Bundesstaat oder Staatenbund?

Einerseits vernachlässigt die EU also ihre Kernaufgaben. An anderer Stelle geht sie weit darüber hinaus und mischt sich in nationale Belange ein. Durch den Vertrag von Lissabon übertragen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union „Zuständigkeiten zur Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele“. Wie weit die EU dabei gehen darf, ist im Vertrag über die EU und im Vertrag über die Arbeitsweise der EU festgelegt. Es gibt Bereiche, in denen die EU gesetzgeberisch tätig sein und Rechtsakte erlassen darf, und solche, ▶

## »Im Grundsatz stärkt die Europäische Union die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.«

Günther Oettinger, Präsident der EBS Universität für Wirtschaft und Recht





# Vergleich der großen Volkswirtschaften

China, die USA und die EU-27 sind die größten Volkswirtschaften der Welt. Doch wie sieht es im direkten Vergleich aus? Ein Kräftemessen.

Quelle: UN DESA, Statistisches Bundesamt (Bevölkerungszahl); EU-Kommission, IMF (Wirtschaftswachstum – Prognosen für 2024); Eurostat, IMF (Bruttoinlandsprodukt)

Dies entspricht **18,19 %** der **Weltbevölkerung**.



Bevölkerung 2023



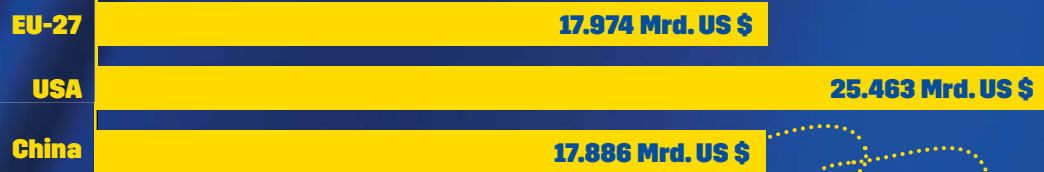
Wirtschaftswachstum 2024



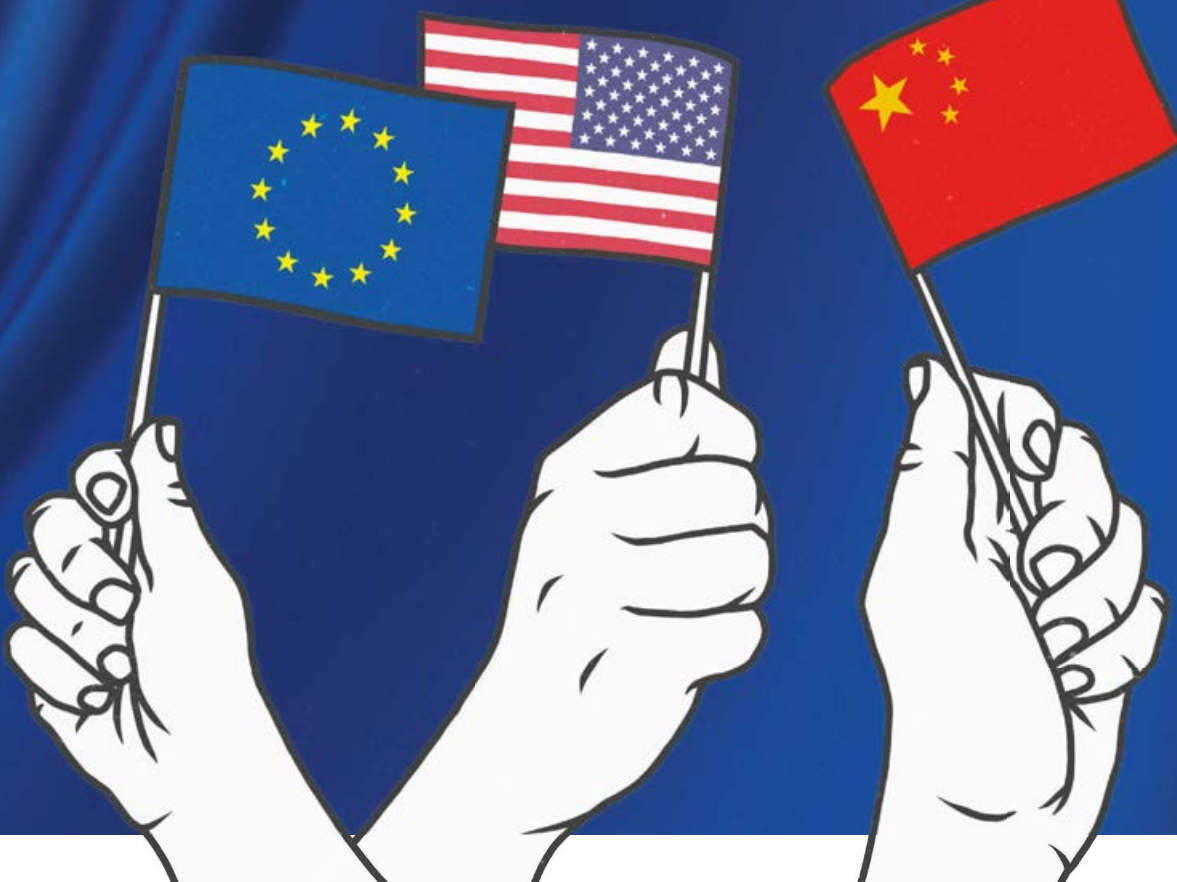
Deutschland ist das Schlusslicht der Euro-Länder mit **0,3 %**.



Bruttoinlandsprodukt 2022



Der Anteil der **Rohstoff-Weiterverarbeitung** von China liegt weltweit bei **Lithium** und **Kobalt** zwischen **50** und **70 %** und bei **Seltenen Erden** bei fast **90 %**.



# Erfolgreiche Industrie ist nicht naturgegeben

**Als deutscher Geschäftsführer in einem US-amerikanischen Automobilkonzern kennen Sie die Wirtschaftspolitik auf beiden Seiten des Atlantiks. Macht es Ihnen eigentlich noch Spaß, Unternehmer in Europa zu sein?**

**Rainer Ludwig:** Das größte Problem, das wir in Europa haben, ist die falsche Einschätzung vieler Politiker, dass eine erfolgreiche Industrie, die die Basis für unseren Wohlstand darstellt, naturgegeben ist. Sie erkennen nicht, wie schwierig es ist, unsere Industrie permanent weiterzuentwickeln, damit wir im globalen Wettbewerb bestehen können. Ich stelle fest, dass der Fokus immer wieder auf ausschließlich sozialen Themen liegt und der Eindruck entsteht, dass wir als Unternehmen eher als Problem und nicht als Grundpfeiler einer erfolgreichen Sozialpolitik in Europa angesehen werden.

**Was sehen Sie als den größten Vorteil, was als die größte Hürde der Wirtschaft in Europa?**

**Wie kann mehr Wettbewerbsfähigkeit hergestellt werden?**

Ich will es einmal so ausdrücken: Wir müssen uns als Industrie zurzeit mit sehr vielfältigen Herausforderungen auseinandersetzen. Die Automobilindustrie geht durch die größte Transformation ihrer Geschichte. Die Umstellung hin zur Elektromobilität bedeutet eine massive Veränderung für Hersteller selbst, aber auch für die Zuliefererindustrie.

Damit die Umstellung gelingt und die dringend benötigte Wettbewerbsfähigkeit steigt, müssen alle Rahmenbedingungen optimal aufeinander abgestimmt sein. Wir können uns keine unnötigen Regelungen und bürokratischen Monster leisten, weil darunter die Wettbewerbsfähigkeit leidet.

Wir müssen den gemeinsa-

men Binnenmarkt nutzen, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer sicherstellen und dabei die Kräfte bündeln, die die Entwicklung von Zukunftstechnologien unterstützen, die Unternehmen zum Teil nicht allein stemmen können.

**Die Politik sieht eine erfolgreiche Industrie als Basis für den Wohlstand als zu selbstverständlich an, sagt RAINER LUDWIG, Präsident des europäischen M+E-Arbeitgeberverbandes Ceemet. Ein Gespräch über Hürden und Aufgaben.**

## Rainer Ludwig

ist seit 2020 Präsident des europäischen M+E-Arbeitgeberverbandes Ceemet und seit 2007 Vorsitzender des Internationalen Ausschusses von Gesamtmetall. Seit 1989 arbeitet er bei Ford – nun als Personalchef, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung und Executive Director Business Transformation Ford **Deutschland**.

**In den vergangenen Jahren hat die EU zahlreiche Richtlinien und Verordnungen geschaffen, die von der Wirtschaft als überbürokratisch kritisiert wurden. Wie bewerten Sie die in der Diskussion befindliche EU-Lieferkettenrichtlinie?**

Diese Richtlinie überschreitet gleich mehrere Grenzen. Zum einen können insbesondere mittelständische Unternehmen den Prüfungsaufwand nicht leisten und zum anderen würde die vorgesehene zivilrechtliche Haftung zu nicht kalkulierbaren Risiken für die Verantwortlichen in den Unternehmen führen. Generell muss man den Eindruck gewinnen, dass uns die handelnden Personen in der EU als Unternehmen nicht vertrauen und deshalb immer mehr Richtlinien und Verordnungen schaffen, die von ihren Grundideen zum Teil richtige Ziele verfolgen, aber in der Umsetzung zu einem nicht vertretbaren Aufwand führen oder zum Teil auch weit über umsetzbare Regelungen hinausgehen.

**Die Freizügigkeit innerhalb der EU ist ein Grundpfeiler erfolgreichen Wirtschaftens. Aber die EU-Entsenderegeln machen es unverhältnismäßig kompliziert und bürokratisch. Wie sähe nach Ihrer Vorstellung eine einfachere Lösung aus? Unterstützen Sie die e-Deklaration?**

Das müssen wir ändern, einmal, indem wir unnötigen Aufwand vermeiden, zum Beispiel durch vereinfachte Regelung für Kurzzeit-Einsätze,





## »Wir können uns keine unnötigen Regelungen und bürokratische Monster leisten, weil darunter die Wettbewerbsfähigkeit leidet.«

und zum anderen, indem wir die erforderlichen Prozesse so effizient und möglichst automatisiert beziehungsweise digitalisiert gestalten. Deshalb unterstütze ich ausdrücklich die geplante e-Deklaration, die die Entsendung von Beschäftigten eindeutig erleichtern kann.

**Seit 2020 sind Sie Präsident des europäischen M+E-Arbeitgeberverbandes Ceemet. Was tun Sie und Ceemet im Vorfeld der Europawahlen im Juni? Was sind die wichtigsten Prioritäten für Ceemet für die Politik nach den Wahlen?**

Im September 2023 haben wir ein Manifest mit dem Titel „For a more competitive industry in a stronger Europe: a Ceemet perspective“ veröffentlicht, in dem wir unsere Standpunkte für die kommende EU-Legislaturperiode formuliert haben. Wir wünschen uns sehr, dass dieses Dokument eine Pflichtlektüre für das neu gewählte Parlament und die Kommission wird. Kernpunkte sind die Sicherstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU, eine sinnvolle „Fit for Purpose“-Regulierung, die sich auf wesentliche Themen fokussiert und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie stärkt, effiziente Maßnahmen, die den Fachkräftemangel in Europa adressieren, und die Forderung, die Sozialpartner so eng wie möglich einzubinden und die Autonomie der Sozialpartner zu erhalten.

**Eines der größten Probleme für Wirtschaftswachstum ist der Mangel an Fachkräften. Was sind Ihre Lösungsansätze bei Ford?**

In unseren Veranstaltungen von Ceemet wird aus allen Län-

dern und Regionen in Europa über einen Fachkräftemangel und mittlerweile auch sehr häufig über einen Arbeitskräftemangel berichtet, der das Wachstum der Wirtschaft behindert. Dies ist eine Herausforderung, der sich die EU und ihre Mitgliedstaaten stellen müssen.

Was tun wir als Unternehmen? – Wir bilden unsere Nachwuchskräfte selbst aus und weiter. Dazu gehört zum einen die klassische duale Berufsausbildung, aber auch die Themen Einstiegsqualifizierung, duale technische und betriebswirtschaftliche Studiengänge und die Weiterqualifizierung unserer vorhandenen Belegschaft in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit. Besonders stolz sind wir auf unser FIT-Programm (Frauen in technischen Berufen), das wir seit 2002 erfolgreich gestalten. Beginnend mit dem Girls Day bieten wir jungen interessierten Frauen die Möglichkeit, über sogenannte Try-Ing-Programme in die Welt der technischen Studiengänge hineinzuschnuppern.

### Ceemet

ist der europäische Arbeitgeberverband, der die Interessen der Metall-, Maschinenbau- und technologiebasierten Industrien vertritt, mit Schwerpunkt auf Themen in den Bereichen Beschäftigung, Soziales, Arbeitsbeziehungen, Gesundheit und Sicherheit sowie Aus- und Weiterbildung. Ceemet-Mitglieder sind nationale Arbeitgeberverbände in 20

Ländern in Europa und darüber hinaus. Sie vertreten über 200.000 Mitgliedsunternehmen, die direkt und indirekt 35 Millionen Menschen beschäftigen. Die Mehrheit davon sind kleine und mittlere Unternehmen.



Das Manifest mit den Ceemet-Standpunkten zur Europawahl finden Sie über diesen QR-Code

in denen die EU nur über geteilte Zuständigkeiten verfügt. Eine ausschließliche Zuständigkeit hat die Union etwa in den Bereichen Zollunion, in der Festlegung von Wettbewerbsregeln für den Binnenmarkt, der Währung für Mitgliedstaaten, der Erhaltung der biologischen Meeresschätze sowie der gemeinsamen Handelspolitik. Eine geteilte Zuständigkeit hat die EU hingegen in den Bereichen Binnenmarkt, Sozialpolitik, Landwirtschaft und Fischerei, Umwelt und Verbraucherschutz.

Doch besonders in sozialpolitischen Angelegenheiten mischt sich die EU immer wieder ein, etwa bei der Regulierung des Arbeitsrechts. So plant die EU etwa Vorschriften, mit denen europaweit gesetzliche Mindestlöhne eingeführt werden sollen. Weil die EU über keine rechtliche Grundlage in diesem Bereich verfügt, behelft man sich eines Tricks. Die Richtlinie schreibt etwa vor, dass jene Mitgliedstaaten, in denen bereits ein gesetzlicher Mindestlohn festgelegt ist, Verfahren für die Anpassung der Mindestlöhne schaffen sollen. In Deutschland passiert das bereits durch die Mindestlohnkommission. Durch die EU-Richtlinie werden jetzt allerdings die Länder verpflichtet, bei der Festlegung des Mindestlohnes bestimmte Kriterien zu berücksichtigen, etwa die Wachstumsrate der Löhne oder die Kaufkraft der gesetzlichen Mindestlöhne unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten. Beispiele wie dieses sind kein Einzelfall. „Die EU bewegt sich mit unterschiedlichem Erfolg innerhalb ihrer Zuständigkeiten. Auf einigen Gebieten wie der Haushaltspolitik und der Haushaltsüberwachung erkenne ich Verletzungen des europäischen Primärrechts“, erklärt Ex-EU-Kommissar Oettinger.

Doch warum verschärft die EU auf nationaler Ebene geltende Gesetze? Das liege laut Wambach daran, dass die Unternehmen im europäischen Binnenmarkt tätig sind, dessen Regulierung in die Kompetenz der EU falle. „Ein Einmischen in nationale Belange ist insofern unvermeidbar und häufig sinnvoll, um faire Wettbewerbsbedingungen innerhalb Europas zu erhalten.“ Auch Oettinger sieht den Einfluss



Eurobarometer

# Deutsche blicken positiv auf die EU

Quelle: Standard Eurobarometer 100 –  
Herbst 2023, European Union 2023



## 87%

Die Möglichkeit, **überall in der EU zu leben, arbeiten, studieren und Geschäfte machen zu können**, stellt für Deutsche (87 %) und Europäerinnen und Europäer (84 %) eine der wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union dar.



## 71%

Jedes neue Handelsabkommen sollte für 71 % der Deutschen und 78 % der Europäerinnen und Europäer die **höchsten Klima-, Umwelt- und Arbeitsschutzstandards** erfüllen.



## 73%



Einen gemeinsamen **digitalen Binnenmarkt** befürworten 73 % der Deutschen, der EU-weite Wert liegt bei 63 %.

der EU nicht als kritisch an: „Der Vorwurf mag im Einzelfall zutreffen, aber ich sehe darin kein generelles Problem, im Gegenteil: Ich höre viel mehr Stimmen, die im Interesse der Wirtschaft eine Europäisierung des Regelwerks anstelle von 27 unterschiedlichen Regelwerken fordern.“ Für Moritz Körner hat die Überschneidung nicht per se etwas Schlechtes: EU-Regularien und -Richtlinien seien hilfreich, um gemeinsame Standards zu setzen und faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. „Leider ging Ursula von der Leyen oft zu weit und hat in Bereiche eingegriffen, die besser von den einzelnen Mitgliedstaaten selbst reguliert werden können. Die EU sollte nur dann eingreifen, wenn Ziele von Maßnahmen auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene nicht ausreichend erreicht werden können“, erklärt er. Doch genau das scheint nicht überall zu funktionieren. Körner fordert: „Wir müssen die Gesetzgebung vereinfachen, überholte Vorschriften identifizieren und abschaffen sowie die Konsolidierung ähnlicher Gesetze schnell beschließen, um Doppelgleisigkeiten abzustellen.“ Zudem brauche es gründlichere Folgenabschätzungen, die unnötige Belastungen für Unternehmen proaktiv untersuchen. Ein verstärkter digitaler Dialog mit den Bürgern, Unternehmen und anderen Interessengruppen könnte ihm zufolge dazu beitragen, die Bedürfnisse und Sorgen der verschiedenen Akteure besser zu verstehen und in die Politikgestaltung früh einzubeziehen.

### Krisenpolitik führt zu nationalem Denken

Was bedeutet das alles für die Europawahl? Die aktuelle EU-Politik überfordert die Unternehmen mit zu vielen Regularien, die Wachstum und Innovationen hemmen. Gescheiterte Handelsabkommen schwächen die globale Position der EU. Die Sicherung von Frieden und Freiheit wird vernachlässigt, während sich die EU an anderer Stelle damit beschäftigt, bereits geltende nationale Gesetze in aufwendigen Verfahren zu verschärfen. Das neue EU-Parlament, das im Juni gewählt wird, steht also vor der Herausforderung, es bes-

ser zu machen. Für Moritz Körner sollte das Europäische Parlament nach der Wahl die Wirtschaft rasch entlasten und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft auf dem globalen Markt verbessern. Dies könne durch Investitionen in Forschung und Entwicklung, die Förderung der digitalen Transformation und die Unterstützung der grünen Wirtschaft erreicht werden. „Dabei muss das Europäische Parlament sicherstellen, dass die EU in der Lage ist, mit anderen großen Wirtschaftsräumen wie den USA und China effektiv zu konkurrieren.“

Auch Achim Wambach sieht dringenden Handlungsbedarf: „Der Schalter muss umgelegt werden.“ Die EU müsse weiter daran arbeiten, den europäischen Binnenmarkt zu stärken, und zusätzliche Schritte hin zu einer Banken- und Kapitalmarktunion gehen. „Klimapolitik und das Streben nach einer resilienteren Wirtschaft sollte beides europäischer gedacht werden.“ Dm-Geschäftsführer Christoph Werner wünscht sich „mehr marktwirtschaftlichen Sachverstand. Nach meinem Verständnis ist es Aufgabe der Politik, Ziele zu formulieren und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, innerhalb derer sich die Marktmechanismen entfalten.“ Diese sorgen für innovative und effiziente Lösungen durch Wettbewerb zum Wohl der Konsumenten. Es sei dieser marktwirtschaftliche Innovationsschub, den Europa brauche, um auch weiterhin im globalen Wettbewerb eine wesentliche Rolle zu spielen. ▶

PERSPEKTIVEN 01\_2024

»Für viele Politiker  
scheint das Ziel erreicht,  
wenn ein Gesetz  
verabschiedet ist.«

Christoph Werner, Geschäftsführer  
der Drogeriemarktkette dm



# Was sind die Pläne der Parteien im Bereich ...



**EVP-Fraktion der Europäischen Volksparteien (Christdemokraten)**



**S&D-Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament**



**RE-Fraktion Renew Europe im Europäischen Parlament**

## Schwerpunkte des Programms



Die Union will ein **„starkes Europa“**, das seine Bürger nach innen und außen schützt, „Unternehmen im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft einen konkreten Mehrwert“ bietet und **„technologisch in der Weltspitze spielt“**. Zudem betonen CDU/CSU den Einfluss von KI, der Digitalisierung und des Klimawandels auf die Wirtschaft.

Die SPD spricht von einer **„Richtungswahl“** gegen „rechten Populismus“. Es gehe darum, die Demokratie und den Rechtsstaat zu schützen. Sie möchte die EU als Wirtschaftsstandort stärken und gleichzeitig die soziale Sicherheit garantieren. Klimaschutz soll **„Jobmotor“** werden, und Energieausbau habe dabei den „absoluten Vorrang“.

Die Partei möchte die EU stärken, indem sie sich für den Schutz der Außengrenzen und eine „schlagfähige Europäische Armee“ stark macht. Ein weiterer zentraler Punkt der FDP: Sie möchte die EU **„marktwirtschaftlicher“** machen und mehr Freihandel mit der Welt.

## ... EU-Binnenmarkt



Die CDU/CSU bezeichnet den Binnenmarkt als **„entscheidende Säule unseres wirtschaftlichen Erfolgs“**. Sie setzt sich für die Stärkung des europäischen Standorts für Industrie und Mittelstand ein und betont den Zugang zu sicherer und bezahlbarer Energie. Zudem will die Union mit einer Wettbewerbsstrategie unternehmerisches Handeln erleichtern.

Die SPD betont die Bedeutung des **Europäischen Binnenmarktes** als das **„Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung“**. Um Europa als attraktiven Standort zu erhalten, brauche es einen „wirtschafts- und industriepolitischen Aufbruch“. Dieser soll dazu beitragen, Zukunftstechnologien **„Made in Europe“** zu fördern.

Die FDP setzt auf ein **„marktwirtschaftlicheres“** Europa. Das sieht sie vor allem in einer „Schärfung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, mehr Freihandel mit der Freien Welt, Abbau von Subventions- und Verteidigungsmechanismen und Vollendung des Digital- und des Energie-Binnenmarktes“.

## ... Sozialpolitik



Die Union will eine **europäische Pflegestrategie** entwickeln. Verbesserte Netzwerke und Strukturen sollen für mehr Austausch sorgen und Pflegekräfte gewinnen. Zudem sieht die Partei eine europäische **Gesundheitsunion** vor, die Wissen und Innovationen ermöglicht und austauscht. Ziel ist eine Europäische Patientenakte.

Durch ein **soziales Fortschrittsprotokoll** soll der Aufbau einer „europäischen Sozialunion“ stattfinden. Dazu sei die Einführung gemeinsamer Mindeststandards für Grundsicherungssysteme zentral. Zudem plädiert die SPD für einen Schutz gegen Kinderarmut, einen europäischen Behindertenausweis für mehr Chancengleichheit und bezahlbaren Wohnraum.

Jeder Mitgliedstaat sollte selbst über seine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik entscheiden. Die **EU** sollte nur **bei grenzüberschreitenden Fällen tätig** werden, die den Binnenmarkt oder die Freizügigkeit betreffen.

## ... Bürokratieabbau



Durch einen „sofortigen Belastungsstopp für neue und laufende EU-Initiativen“ will die Union die **„Überregulierung der Wirtschaft beenden“**. Erreicht werden soll das mit dem **„One in, two out“-Prinzip** – für jede neue belastende Regelung werden zwei alte abgeschafft. Außerdem soll ein unabhängiger europäischer Normenkontrollrat entstehen.

Die Sozialdemokraten möchten die **„Qualität von EU-Regulierungen“** verbessern, Planungsprozesse beschleunigen. Dabei soll Bürokratie abgebaut werden, ohne dass dies zu „niedrigeren Sozial-, Umwelt- oder Sicherheitsstandards“ führt.

Laut FDP muss „Europa einfacher werden“. Sie möchte die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern stärken, indem „transparente und zügige Entscheidungen, digitale Beteiligungsmöglichkeiten und Serviceangebote sowie ein mutiger **Abbau von Regulierung und Bürokratie**“ geschaffen werden.





**Grüne/EFA-Fraktion**  
**Die Grünen/Europäische**  
**Freie Allianz**

Für die **Klimaziele** müsse man raus aus „Kohle, Öl und Gas und rein in erneuerbare Energien und Wasserstoff“. Die Partei sieht künftig eine **„Infrastrukturunion“**: ein europäisches Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz. Neben ökologischen Themen stehen soziale Gerechtigkeit und Sicherheitspolitik auf der Agenda.

Die Grünen wollen den **„gemeinsamen Regulierungsrahmen“** für Unternehmen in der EU stärken, um „unfaire Vorteile“ zu meiden. Das „New Competition Tool“ soll wiederbelebt, das **„EU-Wettbewerbsrecht verschärft“** werden. China und USA soll eine „aktive Wirtschafts- und Industriepolitik“ entgegengesetzt werden.

Es soll **einklagbare soziale Grundrechte** geben, eine „Arbeitslosenrückversicherung“ verankert sowie eine Mindestlohnrichtlinie geschaffen werden. Ferner sprechen sich die Grünen gegen Kinderarmut und für mehr bezahlbaren Wohnraum aus.

Die Grünen sehen den **Bürokratieabbau in der Digitalisierung** der Verwaltung. Demnach „können Behördengänge entfallen, Datenaustausch automatisiert und Anträge leichter gestellt werden“, die Schriftformerfordernis soll weitgehend abgeschafft werden.



**Die Linke – GUE/NGL – Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken**

DIE LINKE setzt auf die klassischen Themen: höheren Mindestlohn, **kürzere Arbeitszeiten, höhere Steuern** auf Konzerngewinne und Einkommen sowie eine europäische **„Kindergrundsicherung“**. Zudem fordert die Partei mehr Klimaschutz und eine Asylpolitik „ohne Einschränkungen“.

Der Markt soll grenzübergreifend geregelt, das „Korsett des EU-Binnenmarktes“ gelockert werden, um eine **„Sozialunion“** zu etablieren. Es brauche eine „soziale Fortschrittsklausel“, um „sozialen Grundrechten“ den Vorrang vor der Binnenmarktfreiheit zu sichern.

Die Partei fordert **„europäische Mindeststandards“**, wie ein europäisches Mindesteinkommen, Erwerbslosenversicherung, Mindestrente und Kindergrundsicherung. Zudem plädiert sie für mehr öffentlichen Raum, eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens und Ausbau des sozialen Wohnraums.

Die Partei beschäftigt sich in ihrem Europawahlprogramm nicht mit dem Bürokratieabbau.



**Fraktion noch nicht bekannt**

Die neu gegründete Partei kritisiert die EU: „Die EU in ihrer aktuellen **Verfassung schadet der europäischen Idee**“. Sie setzt auf ein Europa „sovereiner Demokratien“. Es brauche mehr **„Bürgerbeteiligung“**, weg von der „wachsenden Machkonzentration“ der EU-Technokratie.

Das BSW plädiert für ein „selbstbewusstes Europa souveräner Demokratien“, die einen einheitlichen Binnenmarkt nicht durch die „Zentralisierung von Macht bei der EU-Kommission“ schaffen, sondern durch **Kooperation**. Um Diskriminierung im Binnenmarkt zu verhindern, setzt die Partei auf eine **Reform des EU-Beihilferechts**.

Eine **soziale Fortschrittsklausel** soll die nationalen „Handlungsspielräume in der Arbeits- und Sozialpolitik“ sichern und den Staaten „Rechtssicherheit“ gewährleisten. BSW plädiert für eine gerechte Verteilung, eine Besteuerung der Superreichen. Die Daseinsvorsorge soll in der „öffentlichen Hand“ liegen.

Zum Thema Bürokratieabbau findet sich im Europawahlprogramm des BSW eine einzige Bemerkung: „Wir wollen die Flut an **bürokratischen Übergriffen** auf Unternehmen und Bürger **stoppen**“.



**ID – Fraktion Identität und Demokratie**

Die AfD strebt eine **„Auflösung der EU“** an. Sie möchte eine „neue europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“. Hinsichtlich der Asylpolitik sieht die AfD eine **„Festung Europa“** vor und möchte Einwanderung stoppen. Klimaschutz lehnt sie als „irrationale CO<sub>2</sub>-Hysterie“ ab.

Die AfD sieht eine „Zusammenarbeit auf Wohlstandsmehrung innerhalb eines gemeinsamen Marktes“ mit **souveränen Nationalstaaten**. Sie spricht sich für eine **„Zollunion“** und eine „gemeinsame Handelspolitik“ aus, bei der die Gemeinschaft den „uneingeschränkten wechselseitigen Marktzugang“ gewährleistet.

Die AfD spricht sich **gegen** eine **EU-Sozialunion** aus, somit auch gegen die Mindeststandards. EU-Ausländer sollen erst Sozialleistungen bekommen, wenn sie „zehn Jahre Steuern und Sozialversicherungsbeiträge“ bezahlt haben. Die AfD bekennt sich „zum klassischen Leitbild der Familie“.

Die politischen Entscheidungsträger hätten die EU zu einem **„monströsen Behörden- und Verwaltungsapparat“** „aufgebläht“. Diesen gelte es laut AfD zu verkleinern. Die Kritik der Partei beruft sich an dieser Stelle auf die Kosten von EU-Mitarbeitenden.

## Was sind die Pläne der Parteien im Bereich ...



**Deutscher Spitzenkandidat:**  
**Manfred Weber (CSU)**  
(\*1972 im Landkreis Landshut) –  
Dipl.-Ing. Physikalische Technik,  
seit 2004 im EP



**Deutsche Spitzenkandidatin:**  
**Katarina Barley**  
(\*1968 in Köln) – Juristin/  
Dr. iur., seit 2019 im EP



**Deutsche Spitzenkandidatin:**  
**Marie-Agnes Strack-Zimmermann**  
(\*1958 in Düsseldorf) – Publi-  
zistin, Politikwissenschaftlerin,  
Dr. phil., noch nicht im EP

### ... Fachkräfte- mangel



Die Unionsparteien betonen, dass Deutschland und die EU auf **Fachkräfte** aus dem Ausland, „**die bei uns arbeiten und mit anpacken wollen**“, nicht verzichten können. Um die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte zu erleichtern, sollen Verfahren digitalisiert und Arbeitsvisa schnell erteilt werden.

Im Bereich des Arbeitsmarktes spricht die SPD davon, das „**Potenzial von inländischen Fachkräften**“ besser zu nutzen und in Weiterbildung zu investieren. Gleichzeitig unterstützt die Partei eine gezielte **Anwerbung von nicht-europäischen Fachkräften**. „Maßnahmen der Integration und gute Perspektiven“ seien an der Stelle zentral.

Die FDP fordert eine „EU-Strategie für die Fachkräftegewinnung“. Dafür möchte die Partei zum einen die **Blue Card** auch auf nicht-akademische Fachkräfte ausweiten und die „Mindestgehaltenisgrenze“ senken. Zum anderen soll ein **kriterienbasiertes Punktesystem** nach kanadischem Vorbild eingeführt werden.

### ... Handels- abkommen



Durch „**auf Gegenseitigkeit beruhende Handelsabkommen mit gleichgesinnten Partnern**“ will die Union Bürgern und Unternehmen Zugang zu den Weltmärkten verschaffen, Versorgungssicherheit gewährleisten und Abhängigkeiten reduzieren. Vertieft werden sollen Abkommen unter anderem mit den USA und Südamerika.

Die SPD möchte „**umfassende Handels- und Investitionsabkommen**“, die „menschenrechtliche und ökologische Standards“ mit sich bringen. Des Weiteren spricht sich die Partei dafür aus, „digitale Rechte“ im Handelsabkommen zu verankern.

Die FDP vertritt eine **liberale Außenpolitik**. Sie fordert die Wiederaufnahme der Gespräche zum „transatlantischen“ Freihandelsabkommen und spricht sich für ein „umfassendes Freihandelsabkommen“ als generelles Ziel aus.

### ... Lieferketten- richtlinien



Die CDU/CSU lehnt das EU-Lieferkettengesetz in seinem aktuellen Entwurf ab und fordert diesbezüglich eine Erfolgs- und Effizienzkontrolle. Maßnahmen hin zu einem nachhaltigeren Wirtschaftsmodell müssen laut den Unionsparteien „**praxisnah ausgestaltet werden**“. Sie dürfen die „**wirtschaftliche Dynamik nicht ausbremsen**“.

Die SPD spricht sich für ein „**starkes europäisches Lieferkettengesetz**“ aus. So möchte sie verhindern, dass „Produkte, die durch Zwangsarbeit oder Ausbeutung von Mensch und Natur hergestellt werden, überhaupt in den europäischen Binnenmarkt gelangen.“

Die FDP äußert sich mit einer klaren Haltung in ihrem Europawahlprogramm zum Gesetz: Sie **lehnt eine Verschärfung des Lieferkettengesetzes durch die EU ab**. „Bürokratiebelastungen müssen vermieden, Material- und Technologieoffenheit gewahrt und protektionistische Regulierungen verhindert werden.“

### ... Migration



Die Union will **irreguläre Zuwanderung stoppen** und steht hinter dem EU-Migrationspakt. Frontex müsse zu einer „**echten Grenzpolizei und Küstenwache**“ werden. Zudem setzt sich die Partei dafür ein, Hilfe in den Herkunftsländern zu leisten und „Menschen in ihrer Heimat Lebensperspektiven zu eröffnen“.

Im Hinblick auf die europäische Asylpolitik fordert die SPD eine „**solidarische Geflüchtetenpolitik**“. Für vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel allein reisende Minderjährige solle besonderer Schutz gelten. Die vorgesehene „Beschleunigung im Asylverfahren“ dürfe zudem nicht zu „Rechtsschutzeinschränkungen“ führen.

Laut FDP braucht es eine „**gemeinsame EU-Asylpolitik**“. Die Gründe von Einwanderung müssten zudem klar zwischen Asyl, Flucht und wirtschaftlichen Motiven zu unterscheiden sein. Ferner spricht sie sich für einen „effektiven Schutz der EU-Außengrenzen“ aus. Dafür möchte sie Frontex mit mehr Befugnissen ausstatten.



**Deutsche Spitzenkandidatin:**  
**Theresa „Terry“ Reintke**  
(\*1987 in Gelsenkirchen) –  
**Politikwissenschaftlerin,**  
**seit 2014 Mitglied im EP**

Neben einer EU-Fachkräftestrategie fordert die Partei eine „**feministische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**“. Die Blue Card soll ausgeweitet und „guter Arbeits- und Gesundheitsschutz“ implementiert werden. Zusätzlich soll ein Bonus eingeführt werden für Unternehmen, die überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigen.

Die Grünen wollen „**Handelsinstrumente neu ausrichten**“. So sollen in künftigen Abkommen „Nachhaltigkeitsziele“ und „Menschenrechte“ verankert und einklagbar werden. Zudem sollen „der digitale Handel von Gütern und Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität“ mitbedacht werden.

Die Partei befürwortet die „**Regulierung der europäischen Lieferketten**“; so übernehme die EU „Verantwortung“ dafür, „weltweit effektiv Sozial- und Umweltdumping zurückzudrängen“. Zudem führe die Digitalisierung automatisch bewachter Lieferketten zu einem „global gerechten Handel“.

Die Grünen möchten ein **gemeinsames Einwanderungsrecht**, um „sichere und legale Migrationswege“ zu schaffen. Sie sprechen sich für „unabhängige Rechtsberatung“ für Geflüchtete aus, einen europäischen Integrationsfonds, der Kommunen unterstützt, und einen „verpflichtenden Solidaritäts- und Verteilmechanismus“.



**Deutsche Spitzenkandidaten:**  
**Martin Schirdewan** (\*1975 in Ost-Berlin) – **seit 2017 im EP;**  
**Carola Rackete** (\*1988 in Preetz) – **noch nicht im EP**

DIE LINKE schlägt drei Lösungen vor, wie der Fachkräftemangel behoben werden könnte: Durch „**kürzere Arbeitszeiten**“, „**bessere Bezahlung**“ und „**gute Arbeitsbedingungen**“ sollen „Mangelberufe“ wieder attraktiver werden. Gefordert sind EU-weite Arbeitsschutzrichtlinien zum Schutz vor Stress und körperlicher Überlastung.

Die Partei spricht sich für „**faire Kooperationsabkommen**“ aus, die „Klimaschutzziele“, „Menschenrechte“ und „Entwicklungsarbeit“ zum Ziel haben. Sie lehnt das Mercosur-Abkommen ab, schlägt stattdessen einen „Partnerschaftsvertrag“ vor, der die „Rechte der Beschäftigten“ und den Umweltschutz vorsieht.

Die LINKE möchte ein „**effektives europäisches Lieferkettengesetz**“, das gegen „Kinderarbeit“, „Ausbeutung“, „Menschenrechtsverletzungen“ und „Umweltschäden“ vorgeht, mit klaren Regeln für den Finanzsektor und Pflichten für Unternehmen.

Die Partei lehnt eine „Festung Europa“ ab. Sie fordert ein „**Asyl als Grundrecht**“ und setzt sich für „sichere und legale Fluchtwege“ ein. Frontex sollte in eine „europäische Rettungsmission“ umgewandelt, „Grenzkontrollen“ abgeschafft und ein „Überwachungsmechanismus“ gegen „Pushbacks“ eingesetzt werden.



**Deutscher Spitzenkandidat:**  
**Fabio De Masi**  
(\*1980 in Groß-Gerau) –  
**Volkswirtschaftler,**  
**2014 erstmals im EP**

Das BSW **lehnt „Anwerbeprogramme in Ländern des globalen Südens“** ab. Damit fördere die EU einen „**Brain Drain**“ vor Ort. Dem Fachkräftemangel soll durch „verbesserte Ausbildung und angemessene Löhne“ begegnet werden. Internationale Partnerschaften sollen einen Beitrag zur Bildung in ärmeren Ländern schaffen.

Das BSW fordert eine „**Reform der Handelspolitik**“, es setzt sich „stabile und gerechte Handelsbeziehungen“ zum Ziel. Beziehungen zwischen EU und Lateinamerika sollten auf „Augenhöhe“ laufen, weshalb die Partei das Mercosur-Abkommen ablehnt. Weiterhin möchte das BSW die „Konzernklagerechte“ abschaffen.

Im Wahlprogramm des BSW findet sich kein Kommentar zum Thema Lieferkettengesetz.

Das BSW fordert eine „grundlegende **Reform**“ der Flüchtlingspolitik. Ursachen für Flucht und Migrationen sollten reduziert und die „illegale Migration“ gestoppt werden. Die Partei setzt sich für ein „**rechtsstaatliches Asylverfahren**“ an den Außengrenzen ein, um sichere Wege in die EU nicht dem „Schlepperwesen“ zu überlassen.



**Deutscher Spitzenkandidat:**  
**Maximilian Krah**  
(\*1977 in Räckelwitz) –  
**Jurist/Dr. iur.,**  
**seit 2019 im EP**


Die AfD sieht den Fachkräftemangel im „**rapiden Rückgang von Mehrkeinfamilien**“ und der „hohen Zahl der Kinderlosen unter den Leistungsträgern“ begründet. Als Lösung möchte die AfD die „Erziehungsarbeit“ wieder attraktiver machen. Sie lehnt die Akademikerquote auf EU-Ebene ab und setzt einen Akzent auf duale Studiengänge.

Für die europäische Außenpolitik zielt die AfD auf den Schutz „**heimischer Industrie**“ ab. Sie befürwortet eine „verstärkte Zusammenarbeit“ mit den BRICS-Staaten, den Organisationen ASEAN und Mercosur. Die „Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten an private Schiedsgerichte“ lehnt sie ab.

Die AfD bezeichnet das Lieferkettengesetz als „**bürokratisches Hemmnis**“ und lehnt es ohne weitere Ausführung ab. Sie befürwortet die Rückverlagerung der Fertigung für Europa in den europäischen Raum, „um regionale, nachhaltige und weniger stör anfällige Wirtschaftskreisläufe zu entwickeln“.

Laut AfD sollten die EU-Staaten in der Asyl- und Zuwanderungspolitik eigenständig agieren können. Das **Gemeinsame Europäische Asylsystem müsse dafür aus dem Europäischen Vertrag** herausgenommen werden. Ebenso sei der „EU-Außengrenzschutz“ mangelhaft. Der Fokus wird auf „Hilfe vor Ort“ in den Krisenregionen gelegt.



A full-page photograph of Nicolas Schmit, a middle-aged man with grey hair and glasses, wearing a dark blue suit, white shirt, and patterned tie. He is smiling and sitting on a white ledge with a red chair back visible in the foreground. The background is a large European Union flag with its characteristic blue field and yellow stars.

**»Die Regierungen  
in Washington und  
Peking unterstützen  
ihre Firmen sehr  
entschlossen. Brüssel  
sollte das auch tun.«**

**Nicolas Schmit**, Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten (SPE) für die Europawahl, über mangelnde Investitionen in aussichtsreiche Ideen in Europa.

# »Nennen Sie mich Mr. Tarifpolitik«

**NICOLAS SCHMIT** will Ursula von der Leyen ablösen und die EU-Kommission führen. Im Interview mit „Perspektiven“ spricht er über seine Ideen für Europa – und gibt sich einen Spitznamen.

**D**er Mann, der Ursula von der Leyen herausfordert, empfängt in der EU-Kommission schon fast ganz oben. Es ist ein sonniger Morgen Anfang März, Nicolas Schmit sitzt vor einem bodentiefen Fenster, am Horizont sieht man das Atomium – Brüssels Wahrzeichen. Gerade noch war Schmit in Rom, die europäischen Sozialdemokraten kürten ihn dort zu ihrem Spitzenkandidaten für die anstehende Europawahl.

Schmit, 70 Jahre alt, Luxemburger, spricht perfekt Deutsch. Er ist seit 2019 Kommissar für Beschäftigung und Soziales, arbeitete bisher eher im Hintergrund, leise, aber effizient. Nun will er an die Spitze der EU-Kommission und Präsidentin von der Leyen ablösen. Den Weitblick dafür scheint er mitzubringen. Schmit möchte das Klima retten, aber auch den Standort Europa. Er plant eine Stärkung der Industrie und mehr Freihandel. Und er steht – ein Tabu für viele Linke – sogar E-Fuels offen gegenüber.

**Herr Kommissar, stellen wir uns vor, es ist Sommer. Sie haben die Wahl gegen Ursula von der Leyen gewonnen.**

**Welche Projekte gehen Sie jetzt an?**

**Nicolas Schmit:** Da steht so einiges auf meiner Liste. Natürlich der weitere Umbau der Wirtschaft, weg von fossiler Energie, hin zu erneuerbarer. Die Errichtung einer gemeinsamen europäischen Verteidigung. Der Kampf gegen Armut in der EU. Und – ganz weit oben – die Förderung unserer Wettbewerbsfähigkeit. Amerika und China hängen Europa gerade ab. Die Chinesen stellen einen großen Teil aller Windräder, Solarmodule und Elektroautos her. Da müssen wir dringend etwas tun. Mein Ziel ist, dass die EU eine starke Industriemacht bleibt.

**Wie wollen Sie dieses Ziel erreichen?**

Wir befinden uns in einem globalen Wettkampf um die Technologien der Zukunft. Am Ende geht es darum, wer den längeren Atem hat. Die Regierungen in Washington und Peking unterstützen ihre Firmen sehr entschlossen. Brüssel sollte das

## Vita

Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler **Nicolas Schmit** war in seiner Heimat Luxemburg zuerst Mitglied des Staatsrates, dann EU-Botschafter und schließlich Minister für Arbeit.

2019 wurde er EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte. Im Juni 2024 will er als Spitzenkandidat der europäischen Sozialdemokraten nun Präsident der EU-Kommission werden und Ursula von der Leyen ablösen.

auch wagen. Es muss bei uns mehr Investitionen in aussichtsreiche Ideen geben. Viel mehr.

**Woher soll das Geld kommen?**

Zum einen von privaten Investoren. Wir können sie unterstützen, indem wir die europäischen Kapitalmärkte besser integrieren. Zum anderen brauchen wir mehr EU-Mittel. Und dann sollten wir auch darüber nachdenken, ob wir vielleicht unsere Regeln zu staatlichen Beihilfen ändern.

**Sie meinen: lockern?**

**So etwas galt in der EU lange als Tabu.**

Und das zurecht. Die strengen Vorschriften schützen den Binnenmarkt, einen Eckpfeiler der europäischen Integration. Und wir müssen weiterhin verhindern, dass Staatshilfen den Wettbewerb in der EU verzerren. Aber wir stehen eben auch in einem Wettbewerb mit anderen Weltregionen. Alle subventionieren, die Amerikaner, die Chinesen, die Japaner. Wir Europäer dürfen uns dem nicht völlig verweigern.

**Ursula von der Leyen will Europa bis 2050 in den ersten klimaneutralen Kontinent der Welt verwandeln. Geht Brüssel mit dem Green Deal zu weit und bürdet der Wirtschaft zu viele Lasten auf?**

Ich unterstütze das Ziel des Green Deals zu 100 Prozent. Die Erwärmung der Erde ist die große Herausforderung unserer Zeit. Wir müssen schnell reagieren und die Emissionen in Europa – netto – auf null bringen. Und das geht eben nur, wenn die Firmen hier bestimmte Vorschriften einhalten. Aber natürlich sollten wir auch schauen, ob man die eine oder andere Vorgabe vielleicht streichen kann. Es ist nicht so, dass Deregulierung all unsere Probleme löst und uns an die Spitze der Weltwirtschaft katapultiert. Überflüssige Regeln abzuschaffen, kann jedoch einen Beitrag dazu leisten.

**Eine besonders umstrittene Vorschrift ist das europäische Lieferkettengesetz. Brauchen wir so etwas?**





»Die Kommission sollte sich nicht nur immer neue Regeln ausdenken, sondern Arbeitgebern und Arbeitnehmern besser zuhören.«

Nicolas Schmit, über EU-Vorschriften



Wir brauchen ein solches Gesetz. Unternehmen sollten entlang ihrer Wertschöpfungsketten mehr Verantwortung für den Schutz der Umwelt und die Achtung von Menschenrechten tragen. Aber über das Wie können wir reden: Wie lässt sich die Kontrolle der Zulieferer möglichst unbürokratisch erledigen? Wie verhindern wir eine Überforderung kleinerer Betriebe?

**Frau von der Leyen versprach einst, für jede neue europäische Vorschrift eine alte zurückzunehmen und 25 Prozent aller Berichtspflichten für Unternehmen zu streichen.**

Solche pauschalen Vorgaben sind Blödsinn. Wir müssen mit gesundem Menschenverstand handeln und abschaffen, was man abschaffen kann, ohne Verbraucher, Arbeitnehmer und unser Klimaziel zu gefährden. Ich sage jetzt mal ganz offen: Die Kommission sollte sich nicht nur immer neue Regeln ausdenken, sondern öfter mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern spre-

chen, ihnen besser zuhören. Man kann nicht alles von oben herab mit schönen Worten machen.

**Von oben herab mit schönen Worten – ist das der Stil Ursula von der Leyens?**

Das haben Sie jetzt gesagt.

**Was würden Sie an der Spitze der Kommission anders machen als Ihre aktuelle Chefin?**

Ich trage mit, was die Kommission in den vergangenen Jahren getan hat. Ich war Mitglied des Clubs. Aber ich würde sagen: In der Rückschau hätte der Green Deal mehr Dialog getragen. Als junger Diplomat durfte ich den Kommissionschef Jacques Delors erleben. Delors machte sich die Hände schmutzig. Er ging in die Ministerräte, diskutierte mit Politikern und Bürgern. Das ist, was wir heute bräuchten. Wir müssen die Menschen stärker mitnehmen. Viele sind verunsichert, fragen sich, wie es mit der Industrie auf unserem Kontinent weitergeht.

**Mit der Industrie zum Beispiel.**

Ja. Manche Politiker meinen: Europa solle Stahl nicht mehr selbst produzieren, sondern aus fernen Teilen der Erde importieren, aus China oder Indien zum Beispiel. Ich halte das für Quatsch. Wir brauchen selbst eine starke Stahlbranche.

**Lassen Sie uns auch über die Autobranche sprechen.**

**Unter Ursula von der Leyen beschloss die Kommission das Aus des Verbrenners und wehrte sich gegen E-Fuels.**

**Sind Sie offener für synthetische Kraftstoffe?**

Ich bin bei dem Thema gelassen. Mein Ziel ist die Dekarbonisierung. Mit welcher Technologie wir sie erreichen, können wir gerne diskutieren. Wenn die Industrie sagt, wir glauben an E-Fuels und liefern sie zu guten Preisen und in großen Mengen, nicht nur für einige Ferraris und Porsches, sondern für alle Autos, dann würde ich antworten: Warum nicht?



**Im Wahlprogramm der europäischen Sozialdemokraten steht die Forderung nach fairer Bezahlung von Arbeitnehmern an erster Stelle. Manche in Brüssel nennen Sie jetzt Mr. Mindestlohn.**

Das finde ich nicht ganz passend. Ich trete für gute Mindestlöhne ein, wo es keine andere Art der Entgeltfindung gibt. Aber am liebsten sind mir Tarifverhandlungen.

**Sie kämpften für die EU-Mindestlohnrichtlinie, die seit 2022 gilt, obwohl die Kommission keine Kompetenz auf diesem Gebiet hat.**

Da haben wir eine andere rechtliche Auffassung. Ich finde, Unternehmen auf unserem Binnenmarkt sollten sich nicht mit immer niedrigeren Löhnen unterbieten dürfen. Die Kommission ist bei dem Gesetz sehr besonnen vorgegangen. Wir sagen den Betrieben ja nicht, ihr müsst euren Angestellten Summe X zahlen, sondern geben nur Orientierung, wie angemessene Mindestlöhne festgelegt werden sollen. Wie erwähnt: Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind immer die bessere Lösung. Statt Mr. Mindestlohn sollten Sie mich also Mr. Tarifpolitik nennen.

**Mr. Tarifpolitik, ein anderes Thema: Viele deutsche Firmen wünschen sich, dass die EU neue Freihandelsverträge abschließt. Ihre Meinung dazu?**

Ich befürworte neue Abkommen. Die EU ist die größte Handelsmacht der Erde, Protektionismus wäre also absurd. Ein Problem ist: Viele Europäer glauben noch, dass die Welt so funktioniert, wie sie es sich wünschen. Also dass im globalen Handel alle den beschlossenen Regeln folgen und sonst die WTO eingreift. Aber solche Organisationen sind heute schwächer als früher. Die EU muss ihre Interessen selbst durchsetzen. Wir können uns nicht mehr auf das multilaterale System verlassen und brauchen bilaterale Deals.

**Zum Beispiel mit den Mercosur-Staaten, also Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay? Da stocken gerade die Verhandlungen.**

Ja. Die EU kann nicht sagen: Wir wollen eine wichtige Rolle in der globalen Wirtschaft spielen, aber mit euch in Südamerika nichts zu tun haben.

**Sie sind also ein Verteidiger des Freihandels.**

Ich würde mich als einen gemäßigten Verteidiger des Freihandels bezeichnen. Gemäßigt, weil Freihandel aus meiner Sicht kein alles überragendes Prinzip sein kann. Unsere Abkommen dürfen zum Beispiel nicht gegen die Regeln des Umweltschutzes verstoßen. Es wäre ja merkwürdig, wenn wir in Europa Klimapolitik machen und über Handelspolitik wieder außer Kraft setzen. Gleiches gilt übrigens für Arbeitsbedingungen.

**Die Mercosur-Staaten kritisieren, Europa zwingt ihnen zu viele Vorschriften auf.**

Handelsabkommen, finde ich, dürfen auch als Instrumente der Klimapolitik eingesetzt werden. Etwa zum Schutz des Regenwaldes in Brasilien. Wenn es um die Erderwärmung geht, müssen wir global denken. Das gilt auch für Normen. Finden wir zum Beispiel heraus, dass ein bestimmtes Produkt krebserregende Stoffe enthält, können wir nicht sagen: Okay, in der EU verbieten wir es, aber der Import aus anderen Ländern bleibt erlaubt. Also: Freihandel ja, aber mit Regeln. P

*Das Gespräch führte  
Stefan Beutelsbacher*

**Im Gespräch über die Zukunft Europas:** EU-Kommissar Nicolas Schmit (*links*) und Stefan Beutelsbacher, EU-Korrespondent der WELT in Brüssel.





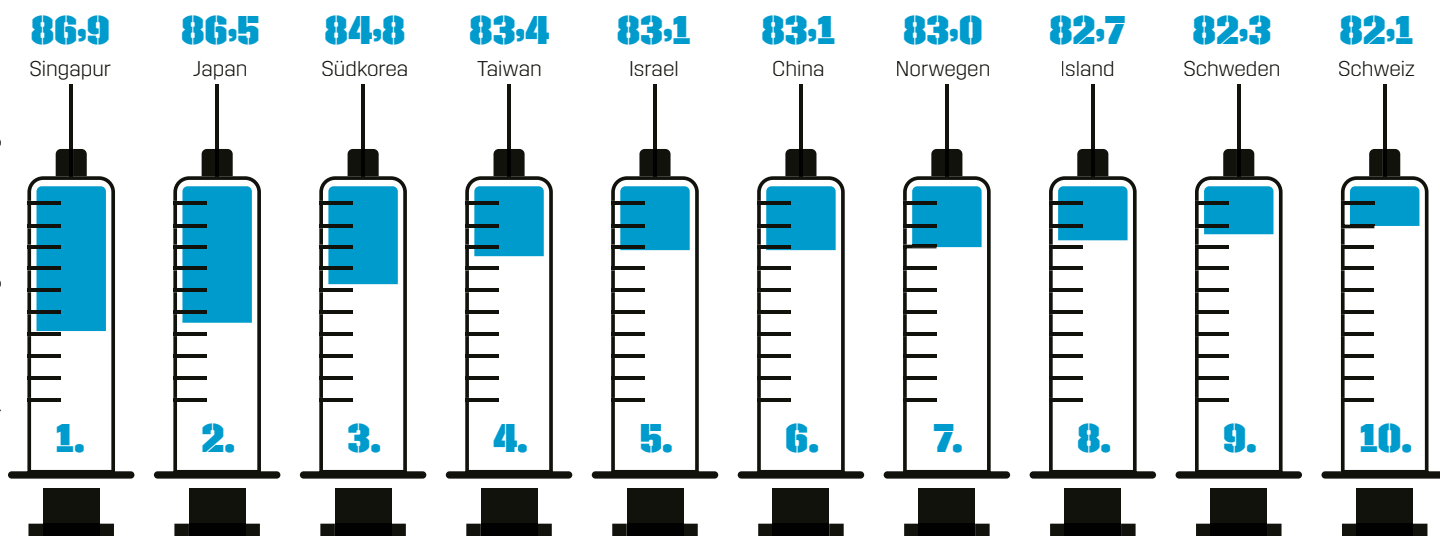
# Teuer und ineffizient – woran scheitert das deutsche Gesundheitssystem?

Eigentlich wird Deutschland im Ausland oft beneidet um die soziale Absicherung und sein Gesundheitssystem. Die Leistungen sind gut. Doch schaut man genauer hin, wird schnell klar: Andere machen es an vielen Stellen besser und vor allem günstiger.

## Deutschland nicht in der Sp(r)itzengruppe

**Gesundheits- und Gesundheitssystem-Ranking nach Ländern weltweit im Jahr 2023 (Indexwert 100)**

Quelle: Legatum Prosperity Index 2023 der Legatum Institute Foundation; zugrunde liegen Gesundheitszustand der Bevölkerung und Zugang zu Leistungen und Einrichtungen für die Gesundheit





## Gesundheitsquartett



Deutschland

Weltweites Ranking: **Platz 13**Durchschnittliche Lebenserwartung: **81 Jahre Platz 24**Gesundheitsausgaben pro Kopf\*: **7.609 Platz 3**Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP\*: **12,7 % Platz 2**

## Gesundheitsquartett



Dänemark

Weltweites Ranking: **Platz 16**Durchschnittliche Lebenserwartung: **82 Jahre Platz 19**Gesundheitsausgaben pro Kopf\*: **5.965 Platz 13**Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP\*: **9,5 % Platz 20**

## Gesundheitsquartett



Frankreich

Weltweites Ranking: **Platz 20**Durchschnittliche Lebenserwartung: **82 Jahre Platz 18**Gesundheitsausgaben pro Kopf\*: **6.298 Platz 7**Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP\*: **12,1 % Platz 3**

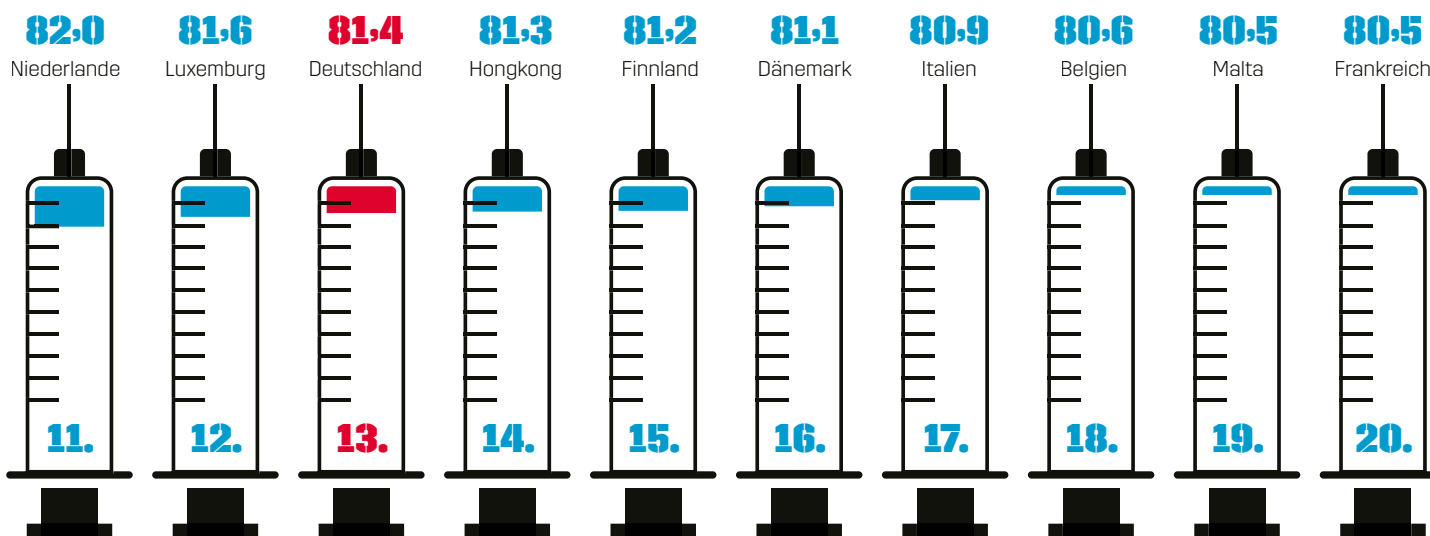
## 1. Das Problem:

7.609 Euro – so viel gab Deutschland im Jahr 2022 laut einem OECD-Bericht pro Kopf für Gesundheit aus. Der OECD-Durchschnitt liegt bei rund 5.000 Euro. Gemessen am BIP hat Deutschland die höchsten Ausgaben Europas – weltweit Platz zwei hinter den USA. Wer nun aber für viel Geld die besten Ergebnisse erwartet, liegt falsch. Das gab auch Gesundheitsminister Karl Lauterbach im Oktober 2023 zu: „Deutschland gibt so viel wie kein anderes EU-Land für Gesundheit aus, ist bei der Lebenserwartung aber trotzdem nur Durchschnitt.“ Im Jahr 2020 lag die Lebenserwartung in Deutschland bei 81,1 Jahren – ein halbes Jahr über dem EU-Durchschnitt, aber immer noch unter der Lebenserwartung der EU-Länder mit den höchsten Werten, die weniger ausgeben. „Auch der Anteil von durch Prävention ver-

meidbaren oder grundsätzlich behandelbaren Todesursachen liegt nur leicht unter dem Durchschnitt und deutlich hinter allen anderen west- und mitteleuropäischen Mitgliedstaaten“, sagt Doris Pfeiffer, Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes. Und das, obwohl die relative Anzahl von Ärztinnen und Ärzten, Pflegepersonal, Krankenhausbetten, Intensivbetten sowie die durchschnittlichen Arztkontakte und Verweildauern im Krankenhaus im OECD-Vergleich beständig im oberen Bereich lägen.

Ein Blick in Richtung anderer Länder zeigt: Eine höhere Lebenserwartung lässt sich sogar mit geringeren Ausgaben erreichen. Japan gibt gemessen am BIP weniger Geld als Deutschland aus und kommt auf eine Lebenserwartung von 85 Jahren. Das staatliche Gesundheitssystem des Landes mit der ältesten Bevölkerung weltweit be-

legt hinter Singapur Platz zwei im Legatum Prosperity-Index-Ranking 2023. Ein Grund dafür: Japan setzt viel mehr als Deutschland auf Prävention. Gesundheitssystem-Spitzenreiter in Europa ist Norwegen. Das staatliche System, in dem die Zuständigkeiten auf nationale und regionale Behörden verteilt sind und Ärzte Verträge mit den Kommunen haben, gilt als besonders effizient. Nachteil: Die Wartezeit auf Eingriffe kann lang sein, wenn Termine nach Krankenhaus-Kapazität vergeben werden. Ein Blick nach Dänemark bringt den Aspekt der Digitalisierung auf den Plan. In dem ebenfalls staatlich organisierten System hat jeder Patient eine Onlineakte, auf die Hausarzt und Krankenhaus zugreifen können. Das gibt im Notfall Aufschluss über Vorerkrankungen und Allergien, spart bürokratischen Aufwand und bietet eine gute Datengrundlage für die Forschung. ▶





# Kosten steigen Jahr für Jahr

Entwicklung der Gesundheitsausgaben  
als BIP-Anteil in Deutschland bis 2021.  
Anteil der Gesundheitsausgaben  
am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland  
in den Jahren 1997 bis 2021

Quelle: Statistisches Bundesamt



## 2. Die Gründe:

Nun könnte man schlicht einen übermäßig ungesunden Lebensstil als Ursache für die Kosten-Nutzen-Diskrepanz anführen. Das Ifo-Institut fand aber bereits vor über 20 Jahren heraus: Die Unterschiede im Lebensstil im Vergleich zu anderen Ländern sind „nicht so groß, dass sie eine befriedigende Erklärung der hohen Aufwendungen bieten würden.“ Es müsse auch an einem „wenig effizienten Gesundheitssystem“ liegen. Für Joachim Breuer, Aufsichtsratsvorsitzender des größten kommunalen Krankenhauskonzerns Vivantes, ist klar: „Wir investieren ausreichend Geld in das Gesundheitssystem, aber es wird nicht richtig und zielgerichtet eingesetzt. Das deutsche Gesundheitssystem ist überorganisiert und überstrukturiert.“ Für Doris Pfeiffer sind Ineffizienzen „auf unwirtschaftliche Angebotsstrukturen und Versorgungsprozesse zurückzuführen“. Beispielsweise würden Krankenhäuser oder einzelne Stationen vorgehalten, „die nicht bedarfsnotwendig und entsprechend auch nicht ausgelastet sind“. So entstünden ökonomische Anreize, Leistungen auszuweiten – unabhängig vom rein medizinischen Bedarf. Die Krankenhausplanung liegt in Länderhand. Das führe laut Breuer dazu, „dass es an Ländergrenzen teilweise im Abstand von weniger als 20 Kilometern zwei gleichartige Krankenhäuser gibt.“ Auch Pfeiffer sagt, die Krankenhauslandschaft sei geprägt von „Überkapazitäten in Ballungsgebieten, ungenutzten Ambulantisierungspotenzialen, unzureichender Spezialisierung, geringer Leistungskonzentration und erheblichen Digitalisierungsdefiziten“.

Letzteres bestätigt auch die Studie „E-Health in Deutschland“ (2022) des Fraunhofer-Institutes für System- und Innovationsforschung ISI. Demnach seien „wesentliche Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Digitalisierung über Jahre nur halbherzig verfolgt“ worden. Ursachen seien schwierige Akteurskonstellationen, Bürokratie, hohe Technologiekosten, Sicherheits- und Datenschutzbedenken, regulatorische Unsicherheiten und Unzuverlässigkeit der technischen Lösungen.

Was die Prävention angeht, gibt sogar Gesundheitsminister Lauterbach mittlerweile zu: „Es fehlt an wirksamer Vorbeugung, unser System ist zu stark auf Behandlung schon bestehender Krankheit ausgerichtet.“ Das sieht auch Breuer so. Außerdem würden bei Entscheidungen über Behandlungsmethoden zu selten die Folgekosten in den Blick genommen. Ein Beispiel sei die Behandlung bestimmter Gelenke. Diese könnten operiert werden oder es könnten oftmals Knorpelzellen transplantiert werden. „Beides kostet etwa gleich viel. Nach der OP stehen sie nach 48 Stunden wieder, der Prozess der Transplantation dauert drei Monate.“ Deshalb werde mehr operiert, obwohl die OP nach 15 Jahren wiederholt werden müsse und die Kniescheibe nach Transplantation für 30 Jahre wie vorher sei. Hinzu kommt: „Es werden heute Mauern hochgezogen, wenn es darum geht, ob Eingriffe von niedergelassenen Ärzten oder im Krankenhaus durchgeführt werden dürfen. Diese historischen Sektoren gilt es aufzubrechen. Es steht immer noch im Vordergrund, wer Geld verdienen kann, statt wie man dem Patienten am besten hilft.“

## 3. Die Lösung:

Um Effizienz und Digitalisierung will sich das Gesundheitsministerium nun mit einer Krankenhausreform kümmern, die Doris Pfeiffer für eine gute Basis hält. Die Reform sieht mehr spezialisierte Zentren vor und Grundversorger, die die Patienten an die Spezialisten weiterleiten. Ein Modell nach skandinavischem Vorbild. Auch der Weg für das E-Rezept ist mittlerweile frei und die elektronische Patientenakte (ePA) kommt 2025. Außerdem plant das Gesundheitsministerium ein neues Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM).

Joachim Breuer hält es für wichtig, Kompetenzen und Zuständigkeiten des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA), in dem mit den Krankenhäusern, niedergelassenen Ärzten und Krankenkassen alle Interessenvertreter sitzen, auszuweiten. „Im Moment entscheide der GBA nur, welche zugelassenen Arzneimittel zulasten der Krankenkassen gehen und welche Behandlungsmethoden im ambulanten Bereich zulässig sind. Es müsste das Thema Wirtschaftlichkeit mit hereingebracht werden und die Frage des Versorgungsstatus und der Versorgungsqualität.“ Breuer fordert eine „bundesweite Krankenhausplanung“, Doris Pfeiffer eine „populationsorientierte Ausrichtung der Versorgungsstrukturen“. Eine am Bedarf ausgerichtete Krankenhauslandschaft müsse zu einer größeren Spezialisierung und damit zu Qualitätsverbesserungen in der Patientenversorgung und mehr Effizienz durch den Abbau von Über-, Unter- und Fehlversorgung führen. Nötig sei auch eine Notfallreform mit besserer Vernetzung von vertragsärztlichem Notdienst, Rettungsstellen und Rettungsdiensten und die Schaffung von integrierten Notfallzentren mit einer gemeinsamen Ersteinschätzungsstelle zur Patientensteuerung. P

# »Wir müssen weg von den teuren Doppelstrukturen«

Das deutsche Gesundheitswesen ist im weltweiten Vergleich sehr teuer, die Lebenserwartung aber nur durchschnittlich. Woran das liegt und welche Reformen jetzt nötig sind, erläutert ukb-Direktor **PROF. AXEL EKKERNKAMP** im Interview mit Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Oliver Zander

**Deutschland liegt bei den Gesundheitskosten im weltweiten Vergleich auf Platz drei, bei der durchschnittlichen Lebenserwartung aber nur auf Platz 24. Woran liegt das?**

**Axel Ekkernkamp:** Ein großer Kostentreiber ist die doppelte Facharztschiene. In fast allen anderen Ländern der Welt ist der Facharzt im Krankenhaus angestellt oder hat einen Kooperationsvertrag mit einem Krankenhaus. Der Hausarzt überweist nur ins Krankenhaus, wenn es schwierig wird. Nur dort werden Großgeräte wie MRT und CT genutzt und die Diagnose steht in kurzer Zeit fest. In Deutschland werden Versicherte über drei, vier Quartale von rund 180.000 Vertragsärzten auch mittels aufwendiger Apparatedizin versorgt. Kommt der Patient doch ins Krankenhaus, werden alle Untersuchungen noch mal gemacht. Diese Doppelstruktur kostet teures Geld. Alleine in München gibt es mehr MRT-Geräte als in ganz Dänemark, in Nordrhein-Westfalen mehr Großgeräte als in den Niederlanden. Und wir haben mit allein 50 Herzkatheterplätzen in Berlin einfach zu viele.

**Das heißt, der Markt ist unbegrenzt?**

Auch im Gesundheitswesen gilt: Das Angebot schafft den Bedarf. Früher durfte der Patient nur zum Facharzt gehen, wenn der Hausarzt ihn überwiesen hat. Ähnlich wie früher die Zuteilung von Bezirken für Schornsteinfeger und Apotheker. Da gab es in einem Bezirk nur eine Apotheke. Letztens bin ich durch Neukölln gefahren und habe 17 Apotheken an einer Straße gezählt. Wir haben von allem zu viel.

**Was müssen wir jetzt vorrangig tun?**

In unseren Krankenhäusern explodieren die Kosten. Aktuell haben wir rund 1.800 Krankenhäuser, brauchen aber nur 1.200 bis 1.300. Wir müssen auf Qualität setzen. Krankenhäuser müssen nachweisen, dass sie genügend Erfahrung in der Erbringung bestimmter Leistungen haben. Sie können das durch Audits und Zertifikate transparent machen. So sieht es das Gesetz von Bundesgesundheitsminister Lauterbach vor. Das führt zu einer Reduzierung der Leistungsangebote und so zu weniger Kosten, gleichzeitig steigt die Qualität.

## Vita

**Prof. Dr. med. Axel Ekkernkamp** ist Ärztlicher Direktor und Geschäftsführer des BG Klinikums Unfallkrankenhauses Berlin (ukb). Darüber hinaus ist er Präsident des Vorstands der Initiative Qualitätsmedizin (IQM) und beschäftigt sich mit der Transformation des Gesundheitswesens.

**Haben wir genug Personal im Gesundheitswesen?**

Wir haben unglaublich große Bewerberzahlen in der Pflege. Es entstehen überall im Augenblick Pflegefachschulen. Das ist auch gut so! Und es gab noch nie so viele Ärzte in Deutschland – 550.000. Die wollen nach dem Studium aber nicht in eine Landarztpraxis in strukturschwachen Gegenden mit einer 70-Stunden-Woche gehen. Hier haben wir eine Fehlallokation. Die Menschen sind nicht am richtigen Ort.

**Wo stehen wir in zehn Jahren?**

Wir werden immer mehr ambulante Behandlungen sehen. Das fängt jetzt schon mit Fußchirurgie und Leistenbrüchen an. Das wird aber schon im zweiten Halbjahr 2024 die gesamte Gelenkchirurgie betreffen. Mindestens zehn Prozent der heute stationär erbrachten Leistungen können auch ambulant durchgeführt werden. Alles in allem brauchen wir Transparenz und mehr Qualität. Es dürfen nur diejenigen Leistungen erbringen, die dazu auch in der Lage sind. Dann sind wir auf einem guten Weg. *Interview: Gesamtmetall*

P

**Oliver Zander** (links) und **Axel Ekkernkamp** im Gespräch



# Deutsche M+E-Industrie wird in die Rezession gezwungen

Während die deutsche M+E-Industrie in den letzten Jahrzehnten wesentlich von der Globalisierung und ihren internationalen Investitionen profitierte, droht eine Deindustrialisierung und die Rezession auch in 2024.

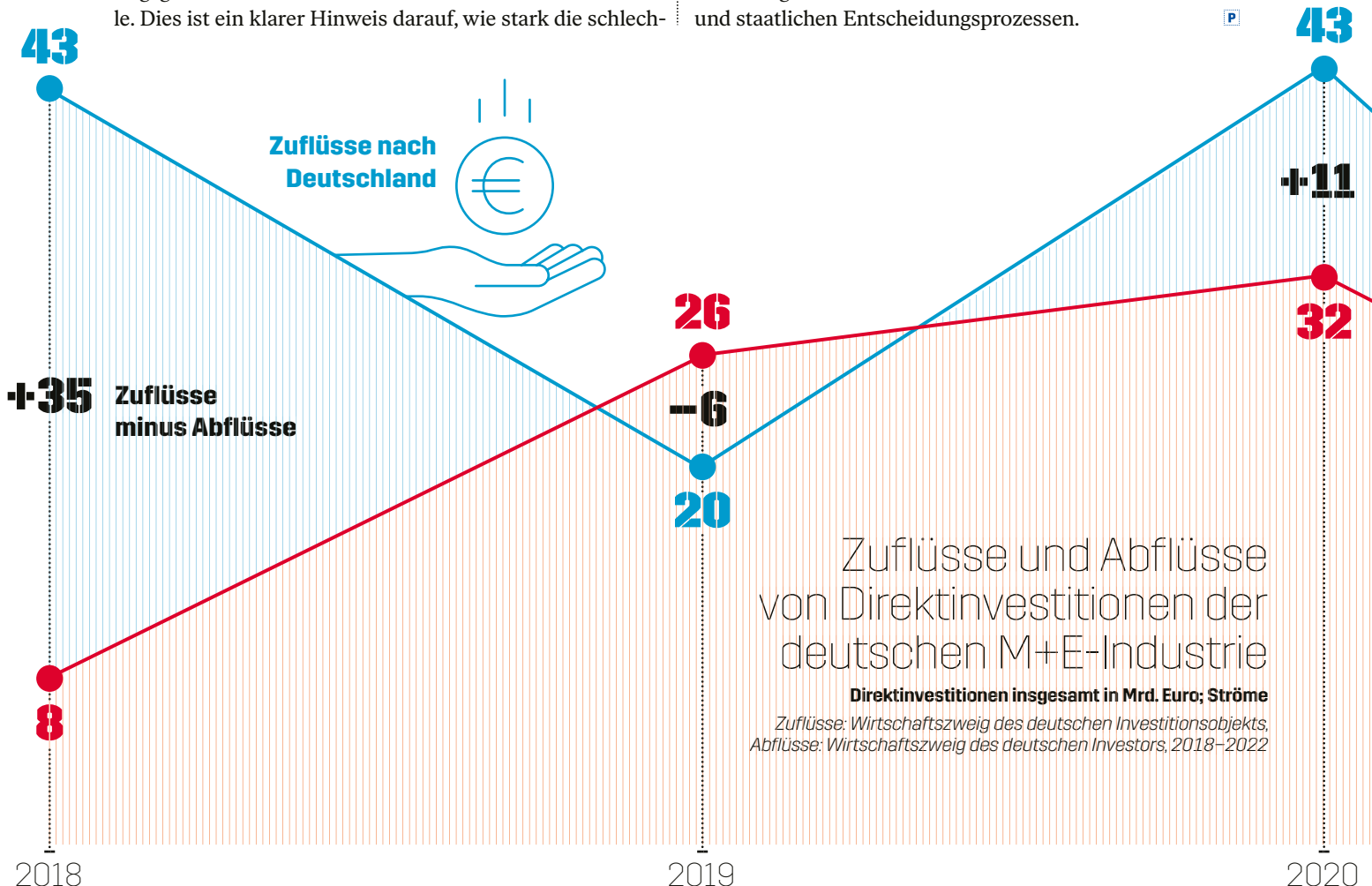
Deutschland braucht eine wirtschaftspolitische Wende.

**D**ie Auslandsinvestitionen der deutschen Metall- und Elektro-Industrie haben sich 2022 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Dagegen nahmen die Investitionszuflüsse aus dem Ausland nach Deutschland weiter ab. 2018 wurden noch 35 Milliarden Euro mehr aus dem Ausland in der deutschen M+E-Industrie investiert als umgekehrt von den deutschen M+E-Unternehmen im Ausland. Der Saldo fiel 2022 auf -15 Milliarden Euro.

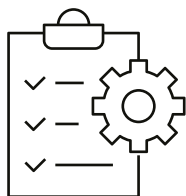
Wie die Analyse der IW Consult im Rahmen des jährlichen M+E-Strukturberichtes im Auftrag von Gesamtmetall weiter zeigt, erlebt die US-Industrie derzeit einen Bauboom. Dagegen treten die Investitionen in Deutschland auf der Stelle. Dies ist ein klarer Hinweis darauf, wie stark die schlech-

ten Rahmenbedingungen, Bürokratie und Überregulierung den Investitionsstandort Deutschland schwächen. Die Folge: Die deutsche Industrieproduktion hat sich vom weltweiten Wachstumstrend entkoppelt. In der M+E-Industrie gingen Absatz und Produktion im 4. Quartal 2023 erneut zurück, nachdem bereits im Sommer die Entwicklung rückläufig war.

Schwache Auftragseingänge und Frühindikatoren zeigen, dass sich der Trend 2024 fortsetzt. Während die Prognosen zur Weltwirtschaft angehoben werden, droht der deutschen Wirtschaft daher das zweite Rezessionsjahr hintereinander. Deutschland braucht eine wirtschaftspolitische Wende hin zu einer konsequenten Angebotspolitik mit einer klaren Priorisierung von Investitionen in den öffentlichen Haushalten und staatlichen Entscheidungsprozessen.



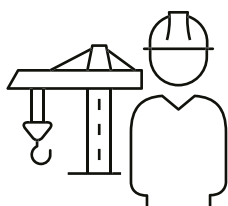
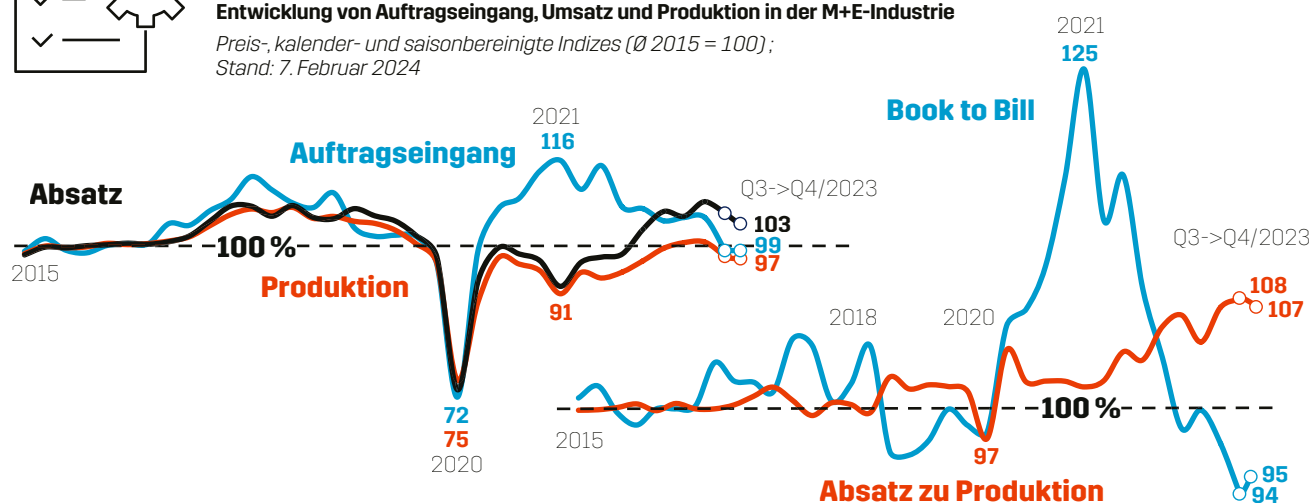




## Absatz folgt negativer Entwicklung von Neuaufträgen und Produktion

Entwicklung von Auftragseingang, Umsatz und Produktion in der M+E-Industrie

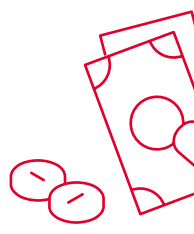
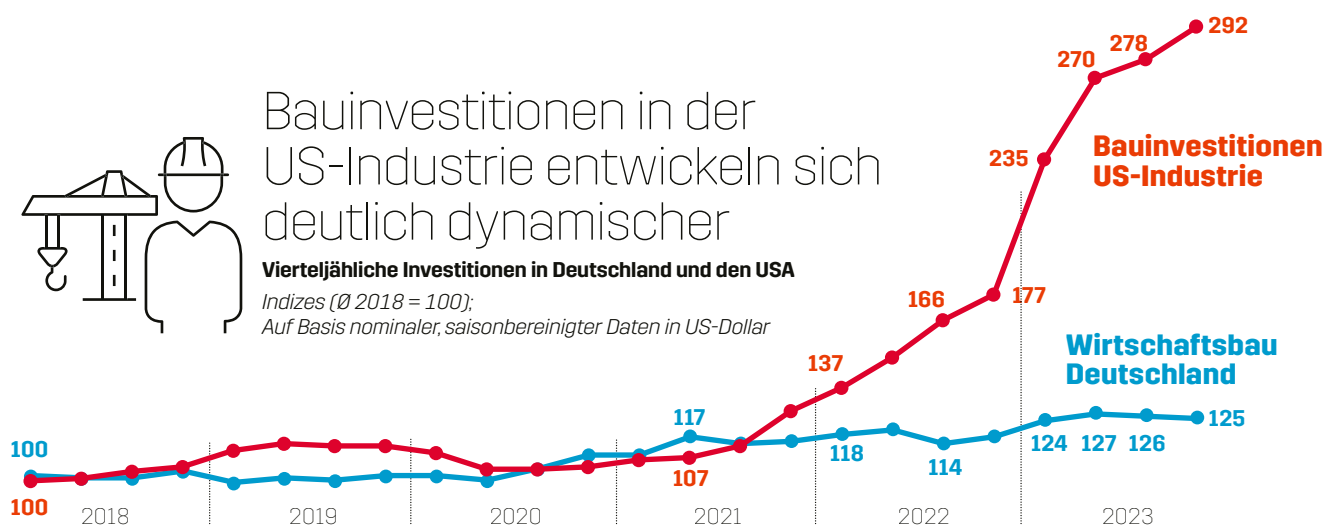
Preis-, kalender- und saisonbereinigte Indizes (Ø 2015 = 100);  
Stand: 7. Februar 2024



## Bauinvestitionen in der US-Industrie entwickeln sich deutlich dynamischer

Vierteljährliche Investitionen in Deutschland und den USA

Indizes (Ø 2018 = 100);  
Auf Basis nominaler, saisonbereinigter Daten in US-Dollar



**Abflüsse ins Ausland**

**11,1**

**-2,1**

**9**

**22,9**

**-15,4**

**7,5**

2021

2022

Anm.: M+E-Industrie in der Abgrenzung WZ 24-30, 32, 33. Bei Gliederung nach dem Wirtschaftszweig des Investors erfolgt keine Branchendifferenzierung der Direktinvestitionsbestände im Ausland. Sie bestehen in allen Wirtschaftszweigen. Quellen: Deutsche Bundesbank (2023), eigene Berechnungen



Was wurde aus dem ...

## Sozialpartnermodell

Um Anreize zu schaffen, betriebliche Altersvorsorge anzubieten, hat der Deutsche Bundestag 2018 mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz das Sozialpartnermodell (SPM) eingeführt. Dabei wurde die Möglichkeit für Arbeitgeber geschaffen, lediglich eine Beitragszusage zu geben, aber keine konkrete Rentenhöhe zu garantieren. Somit muss der Arbeitgeber nicht mehr für eine bestimmte Rentenleistung einstehen („pay and forget“). Durch den Wegfall von Garantie und Haftung des Arbeitgebers sollen

einerseits Hürden in der betrieblichen Altersversorgung abgebaut werden, andererseits wird hierdurch auch eine flexiblere Kapitalanlage mit deutlich höheren Renditen ermöglicht.

Das SPM bedarf eines Tarifvertrags und einer Beteiligung der Sozialpartner an der Durchführung und Steuerung. Aktuell haben allerdings lediglich die chemische Industrie und die privaten Banken ein SPM eingeführt. Hinzu kommen einzelne Vereinbarungen auf Unternehmensebene.

In der M+E-Industrie wurden seit 2018 intensive Gespräche von den Tarifpartnern in Baden-Württemberg geführt und ein branchenspezifisches Modell entwickelt. Auf dem Gewerkschaftstag im Oktober 2023 hat die IG Metall dann jedoch mehrheitlich das SPM abgelehnt. In den Reihen der Gewerkschaften gibt es erhebliche Vorbehalte gegen die reine Beitragszusage. Ob das für 2024 angekündigte 2. Betriebsrentenstärkungsgesetz daran etwas ändern kann, muss bezweifelt werden.

## Impressum

### Perspektiven

ist das vierteljährlich erscheinende Magazin der Metall- und Elektro-Industrie, mit dem die hohe Relevanz der Themen und Argumente der M+E-Industrie für Wirtschaft und Gesellschaft herausgestellt und in die politische Diskussion eingebracht wird. Das Magazin versteht sich als Plattform für Informationen, Ideen und Meinungen und sucht den Diskurs mit anderen Stakeholdern. Es richtet sich an eine breite Leserschaft in der Politik, den obersten Behörden, Verbänden und der Wissenschaft.

### Herausgeber und Redaktionsanschrift:

Gesamtmittel  
Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.  
Voßstraße 16, 10117 Berlin  
Tel.: 030 55 150-0  
E-Mail: [perspektiven@gesamtmittel.de](mailto:perspektiven@gesamtmittel.de)  
[www.gesamtmittel.de](http://www.gesamtmittel.de)

### Verlag:

Axel Springer Corporate Solutions GmbH & Co. KG  
Axel-Springer-Straße 65  
10888 Berlin

### Redaktion:

V.i.S.d.P. Martin Leutz (Gesamtmittel),  
Iris Grundmann (Redaktionsleitung Gesamtmittel),  
Anika Berger, Sophie Kreppner, Helena Rosengrün, Tim Winter (Redaktion Axel Springer Corporate Solutions)  
Aisha Wilson (Projektmanagement Axel Springer Corporate Solutions)  
**Druck und Vertrieb:**  
X-PRESS Grafik & Druck GmbH  
Nunsdorfer Ring 13  
12277 Berlin

### ISSN-Nummer:

2703-0717

### Fotoredaktion:

Birgit Kohne

### Art-Direktion und Layout:

Stefan Semrau  
twotype design, Hamburg

### Lektorat:

Reiner Klähn

### Litho: Image-Pool, Berlin

### Herstellung: Silvio Schneider

„Perspektiven“ erscheint viermal jährlich in einer Auflage von rund 3.500 Druck-Exemplaren.

Wenn Sie „Perspektiven“ nicht mehr erhalten möchten, bitte eine kurze E-Mail an: [perspektiven@gesamtmittel.de](mailto:perspektiven@gesamtmittel.de)







Hält Orbans Pechsträhne an?



»Man kann  
keine Einheit  
erzielen, wenn man  
sich gegenseitig  
auf die Füße tritt.«

**François Mitterand (1916–1996)**

*Das sagte der ehemalige französische Staatspräsident (Sozialistische Partei) im Einheitsjahr 1990. Er legte gemeinsam mit Helmut Kohl mit dem Vertrag von Maastricht 1992 den Grundstein für den Europäischen Binnenmarkt.*

»Ich weiß zwar  
nicht, was er denkt,  
aber ich denke  
ähnlich wie er.«

**Helmut Kohl (1930–2017)**

*So beschrieb der damalige deutsche Bundeskanzler (CDU) 1985 seine Beziehung zu Mitterand. Kohl wurde als einer von nur drei Personen für seine Verdienste um die europäische Zusammenarbeit zum Ehrenbürger Europas ernannt.*



**GESAMT****METALL**

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie